Monatsspiegel

März 2012

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Neue Zeiten für die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt?

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt auf der Agenda

Von Sandra Radue
stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende

Endlich ist es so weit: Auch konservative Kreise erkennen inzwischen an, dass die ungleiche Arbeitsmarktbeteiligung von Männern und Frauen nicht länger hinnehmbar ist. So formuliert eine Studie des Roman-Herzog-Instituts die Forderung, dass sowohl Staat als auch Wirtschaft aktiv werden müssen, um Frauen stärker ins Erwerbsleben zu bringen. Ist das nun „die Rolle vorwärts“ im Kampf um mehr Gleichberechtigung?

Die Studie nennt die Gründe für diese Notwendigkeit: Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die jahrzehntelang als Grundlage materiellen Wohlstand angesehen wurde, stößt in Zeiten von angeblich drohendem Fachkräftemangel an die Grenzen der Finanzierbarkeit. Hier wird klar, dass die Bedürfnisse von Frauen wieder der wirtschaftlichen Verwertbarkeit untergeordnet werden. Anstatt nach Lösungen zu suchen, wie Männer und Frauen in partnerschaftlichem Zusammenleben sowohl die Familienarbeit als auch die beruflichen Herausforderungen gemeinsam stemmen können, wird Frauen nun vorgegaukelt, sich zur Selbstverwirklichung der vollen Berufstätigkeit in einem nach wie vor patriarchal geprägten System hingeben zu müssen.

Ein wichtiger Punkt wird meiner Meinung nach dabei völlig übersehen: Es geht um die Zeit, die Menschen – Männer und Frauen – mit der Familie verbringen wollen. Nicht nur Frauen klagen darüber, dass es zunehmend schwieriger wird, allen Anforderungen, die die kapitalistische Gesellschaft an sie stellt, gerecht zu werden. Einerseits sollen sie im Beruf flexibel, mobil und ständig erreichbar sein. Andererseits beklagt die Gesellschaft überforderte Eltern, die hilflos vor den Herausforderungen stehen, die die Familie an sie stellt. Diese Entwicklung betrifft eigentlich beide Geschlechter. Aber eine männlich geprägte Berufswelt klammert die Bedürfnisse, die der moderne Mensch an ein verändertes Rollenverständnis hat, völlig aus.

Wenig erstaunlich ergab eine Umfrage des Instituts Allensbach im April 2010, die das Familienministerium in Auftrag gab, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie tatsächlich das größte Problem für Familien ist: Dass bei der Vorstellung dieser interessanten Studie die zuständige Ministerin allerdings versäumt, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wird wohl kaum an mangelnder Fantasie gelegen haben. Hierfür wäre ein wenig politischer Wille angebracht gewesen. Aber Frau Schröder ist sicher der Meinung, dass ihr Modell, Kind und

Fortsetzung auf Seite 3

05.03.	20:15	Jusos: Unterbezirkssitzung	August-Bebel-Haus	S. 26
11.03.	11:00	Frauenempfang	Volkshochschule	S. 28
13.03.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Jahreshauptversammlung	Schlossgaststätte	S. 22
14.03.	20:00	Arbeitskreis Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 8
14.03.	20:00	Distrikt Süd: Jahreshauptversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 21
15.03.	20:00	Kreisvorstand	Turnerbund	
19.03.	20:15	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 26
20.03.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 20
20.03.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 20
21.03.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 24
21.03.	20:00	Distrikt Ost: Jahreshauptversammlung	AWO Ost	S. 20
21.03.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 23
22.03.	20:00	Jahreshauptversammlung	Turnerbund	S. 3
16.04.	20:15	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 26
18.04.	20:00	AsF: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 26

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Geschäftsführerin: Sabine Wehner
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:
Montag 08:00 bis 12.00 Uhr
Dienstag 08:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch 08:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag 10:00 bis 14:00 Uhr
Freitag geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender: Dr. Florian Janik
Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-2181
E-Mail: spd@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten
Montag 09:00 bis 12.00 Uhr
Dienstag 09:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch 09:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen
Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Karriere unter einen Hut zu bringen, leicht nachzuahmen sei. Man hört, die Krippe des Bundestages soll über ungewöhnlich großzügige Öffnungszeiten verfügen.

Kinderbetreuung ist sicher ein guter und richtiger Ansatz – aber er löst die Probleme nur auf den ersten Blick, weil Eltern gerne Zeit mit ihren Kindern verbringen. Nicht 24 Stunden am Tag, aber auch nicht nur die Zeit zwischen 6.30 und 8.00 Uhr und dann wieder von 18.30 bis 19.30 Uhr. Und weil sie dies möchten, treten sie beruflich kürzer: Nehmen Elternzeit, arbeiten Teilzeit, verzichten auf Überstunden oder Schichtzuschläge, auf die zusätzliche Publikation, die am Wochenende erarbeitet wird. Und da wir in einer patriarchalen Gesellschaft leben, in der sowohl die Löhne als auch die Aufstiegschancen ungleich verteilt sind, trifft dies für Frauen weitaus häufiger zu als für Männer. Wobei dies nicht bedeuten soll, dass Väter nicht auch unter dem Druck leiden, der ihnen in dieser intensiven, für die Karriere bedeutsamen Zeit abverlangt wird. Dabei hat jede/r das Gefühl, dass dies eine rein individuelle Entscheidung sei, partnerschaftlich in der Beziehung so abgesprochen. Dass diese Benachteiligung System hat und im System steckt, erkennen die wenigsten.

Frauen haben mittlerweile schon die besseren Startchancen, zumindest wenn man sich die Schulabschlüsse und Ausbildungen anschaut. Aber lassen wir uns nicht täuschen. Führt die 1,0 beim Abschluss als Friseurin, das summa cum laude bei der Promotion in Germanistik wirklich an die Spitze der Aufsichtsräte? Frauen wählen immer noch Frauenberufe, die mit einer vergleichsweise geringen Bezahlung, geringen Aufstiegschancen, großer Konkurrenz und wirtschaftlich wenig „verwertbaren“ Berufsbildern einhergehen. Eine zu einfache These? Bei den Ausbildungsberufen besteht ein auffälliger Zusammenhang zwischen der Präferenz durch ein bestimmtes Geschlecht und der Entlohnung. Die Geisteswissenschaften gelten an der Uni immer noch als weiblich, Naturwissenschaften als männlich – wo gibt es wohl mehr Geld? Und alle Anstrengungen – sei es nun der Girls‘ Day oder gezielte Anwerbemaßnahmen von Schulabsolventinnen – haben daran bisher nichts geändert. Für Frauen ist bei der Berufswahl die Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer noch ein entscheidender Faktor, meist sogar wichtiger als die Entlohnung. Und ohne weibliche Vorbilder sind sich junge Frauen wohl auch nicht so sicher, ob sie in einer „Männerdomäne“ wirklich Fuß fassen wollen. In Zahlen heißt das konkret: In Deutschland haben Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger Einkommen als Männer. Seit zehn Jahren schafft eine freiwillige Vereinbarung zwischen Regierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft keine Verbesserung. Damit ist die Entscheidung, welcher der Partner den überwiegenden Teil der Elternzeit nimmt, eine rein finanzielle. Daran hat auch das Elterngeld nichts geändert.

Konstantin Gastmann/ pixelio.de

Und nach der Elternzeit, wenn die Entscheidung ansteht, welcher der Partner kürzen treten soll, spielt natürlich wieder der Verdienst eine Rolle. Zudem ist es für Frauen viel selbstverständlicher, in Teilzeit zu arbeiten. Das Rollenmodell funktioniert hier noch prima. Männer, die ihre Arbeitszeit aus familiären Gründen reduzieren, kommen in der Berufswelt kaum vor. Unter den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Bayern arbeiteten 2010 35,6 Prozent in Teilzeit (2000: 28,3 Prozent), während der Anteil bei Männern lediglich 5,5 Prozent beträgt (2000: 3,2 Prozent). Von den Teilzeitbeschäftigten geben überwiegend Frauen an, aus familiären Gründen Teilzeit zu arbeiten. Unter den 25-45-Jährigen treffen

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung

am Donnerstag, den 22. März 2012, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. **Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder**
2. **Für eine menschliche Flüchtlingspolitik in Bayern**
   Referat und Diskussion mit Angelika Weikert MdL
3. **Rechenschafts- und Gleichstellungsberichte mit Aussprache**
   - **Rechenschaftsbericht des Kreisvorsitzenden**
   - **Gleichstellungsbericht**
   - **Kassenbericht**
   - **Bericht der Revision**
4. **Entlastung des Vorstands**
5. **Nachwahlen zum Kreisvorstand (falls aus den Distrikten/Arbeitsgemeinschaften dafür Vorschläge eingehen)**
6. **Anträge (siehe Seiten 15 bis 17)**
7. **Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften**
8. **Verschiedenes**

Dieter Rosner **Dirk Goldenstein** **Sandra Radue**

74,5 Prozent eine entsprechende Aussage (bei Männern des gleichen Alters 12,2 Prozent). Fazit: Mütter, die Vollzeit arbeiten sind Rabenmütter, Väter, die ihre Arbeitszeit reduzieren, um für den Nachwuchs da zu sein, sehen sich nicht in der Lage, „die Familie zu versorgen“ und büßen zudem alle Karrierechancen ein.

Davon ausgenommen sind nur Männer, die ihre zwei Monate Elternzeit nehmen – mehr werden es nur in den seltensten Fällen. (Eine Studie der Uni Tübingen belegt, dass seit der Reform zwar deutlich mehr Männer die Elternzeit in Anspruch nehmen, aber eben auch deutlich kürzer.) Nun haben ja die sogenannten „Vätermonate“ beim Elternzeitgesetz den Anschein erweckt, die Revolution zu bringen. Vergessen wird dabei aber leider: Selbstständige haben hier ein Problem. Aber vor allem gibt es große Probleme in Beschäftigungsverhältnissen mit Befristung. Hier ist nämlich eine Elternzeit oft ein Hindernis für eine folgende Festanstellung. Die Befristung gilt als Bewährungsprobe und der Mann, der sich traut, für die Hälfte der Anstellungszeit seine Kinder zu betreuen hat sicher danach ein Problem. Eine Studie der IG Metall ergab 2010, dass 28 Prozent der Beschäftigten unter 35 bisher ausschließlich in befristeten Arbeitsverhältnissen standen. Blöd nur, dass das auch für viele das Alter ist, in dem man dann doch gerne eine Familie gründen möchte. Scheint sich wieder um ein individuelles Problem zu handeln. Muss man halt mit der Familienplanung warten, bis der Arbeitgeber mal mit einem unbefristeten Vertrag winkt. Die biologische Uhr tickt? Tja, da haben die Frauen dann mal wieder Pech gehabt.

Für eine gewisse Zeit zu pausieren, darauf kann sich wohl jede Mutter einlassen. Wenn dann die Rückkehr in den Beruf geklappt hat – vorausgesetzt, der Krippenplatz ist gefunden, der Arbeitgeber lässt sich auf eine Teilzeitbeschäftigung ein und finanziell ist dies alles zu stemmen – sehen die Frauen in Zukunft zu, wie alle Kollegen, die natürlich jederzeit Überstunden machen können oder beim Bierchen nach Feierabend ihre Netzwerke pflegen, die gerne mal auch mehrtägige Fortbildungen besuchen und nicht wegen Krankheit des Kindes auch mal mehr Fehltage haben, an ihnen vorbei befördert werden. Während die eigenen Verdienste – und das oft neben der vollen Verantwortung für die Familienarbeit zu Hause – nicht anerkannt werden. Das führt nicht selten dazu, dass der einst recht erfüllende Job wenig neue Herausforderungen sondern verstärkt Frust mit sich bringt. Und kommt das zweite Kind, fällt die Entscheidung, ganz zu Hause zu bleiben noch leichter. Vor allem, da eine Ganztagsbetreuung bei Schuleintritt des Kindes schwieriger wird und durch den Leistungsdruck in der Schule ein hauptamtlicher Nachhilfelehrer – in den meisten Fällen die Nachhilfelehrerin – schon zur Verfügung stehen sollte. Prima, dass Mutti so hochqualifiziert ist! Unter den nicht erwerbstätigen Frauen in Bayern in der Altersgruppe zwischen 25 und 44 Jahren geben 72,9 Prozent an, wegen der Betreuung von Kindern, Pflege und anderer familiärer Verpflichtungen keine Arbeit zu suchen. Bei Männern in derselben Altersgruppe sind es lediglich 3 Prozent.

Paul-Georg Meister/ pixelio.de

Wenn Frauen dann nach mehreren Jahren der „Familienpause“ in die Arbeitswelt zurückkehren, bleibt ihnen meist nur noch die Beschäftigung in atypischen Arbeitsverhältnissen, also in Jobs, die in keinster Weise ihrer Qualifikation entsprechen, oder in Mini-Jobs, die weder eine eigenständige Alterssicherung ermöglichen noch eine angemessene Entlohnung bieten. Und selbst wenn der Job eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit darstellt, bleibt durch das Ehegattensplitting der dazuverdienenden Ehefrau nach den Abzügen kaum etwas übrig, was den Anreiz, überhaupt wieder arbeiten zu gehen, nicht gerade erhöht. Und schon sind wir zurück beim alten Rollenbild der nur für den Luxus dazuverdienenden Hausfrau.

Das rächt sich letztlich nicht nur für die Frau, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt. Dies rechnete die Diplom-Ökonomin Heide Härtel-Herrmann beim Zukunftsdialog der SPD Bundestagsfraktion vor: Eine Frau, die ein Leben lang nicht erwerbstätig war, koste die Gesellschaft durch Ehegattensplitting, beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenkasse und Witwenrente insgesamt mehr als eine halbe Million Euro. Derlei Anreizsysteme spalteten die Frauen, betont die Finanzexpertin. „Die Frauen kassieren vergiftete Geschenke.“

Lassen wir uns nicht blenden. Der Grund dafür, dass nun auch von konservativer Seite wie vom Roman-Herzog-Institut der Ruf nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf laut wird, ist ein rein ökonomischer. Denn die traditionelle Arbeitsteilung verspricht keine Wohlstandsteigerung mehr, sondern führt zu Einbußen nicht nur individuell, sondern auch gesamtgesellschaftlich. Ich denke, die SPD tut gut daran, deutlich zu machen, dass wir mehr wollen.

In unserem Hamburger Programm findet sich der Satz „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“. Dieser Satz, der viel diskutiert wurde und sicher auch von vielen abgelehnt wird, fasst für mich gut zusammen, worum es bei diesem Problem geht: Zur Gleichberechtigung der Geschlechter in der Arbeitswelt gehört eben nicht, dass sich Frauen, nachdem sie dafür gesorgt haben, dass die Kinder 50 Wochenstunden fremdbetreut sind, in das Hamsterrad begeben. Hier wird einen Kehrtwende vollzogen, die an der Fremdbestimmung der Frauen durch angebliche Arbeitsmarktzwänge nichts ändert. Wir müssen in diesem Zusammenhang – natürlich neben unseren gewohnten Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, der Abschaffung des Ehegattensplittings, einer Frauenquoten in Chefetagen u.ä. – wieder stärker die Arbeitszeitverkürzung für Männer und Frauen im Blick haben. Damit beiden mehr Zeit bleibt. Für politisches Engagement, für das Ehrenamt, den Sportverein – und für die Familie.

Veranstaltung der ASJ zum islamischen Religionsunterricht

Die von der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen zum Thema „islamischer Religionsunterricht – wenn ja, wie?“ initiierte Veranstaltung im Februar war ein voller Erfolg.

Uneingeschränkte Einigkeit bestand zwischen den Referentinnen und Referenten darüber, dass ein islamischer Religionsunterricht richtig und dringend notwendig sei. Dies sei nicht nur vor dem Hintergrund der Eindämmung extremistischen Gedankenguts erforderlich, sondern, wie die 2. Vorsitzende der Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen (IRE), Grit Nickel, hervorhob, auch für das Selbstbewusstsein der muslimischen Kinder sowie für das Gefühl der Dazugehörigkeit und Akzeptanz entscheidend. Wie der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Erlangen (AcK), Pfarrer Johannes Mann, versicherte, seien auch die christlichen Kirchen in Erlangen daran interessiert, dass ein flächendeckender islamischer Religionsunterricht in den Schulen möglichst schnell eingeführt werde, da dies auch aus Gleichheitsgesichtspunkten zwingend sei. Darüber hinaus sei es den muslimischen Gemeinden zu überlassen, wie der Religionsunterricht inhaltlich ausgestaltet werden solle. Eine Verortung des Islamunterrichts „vor dem Hintergrund der christlichen Leitkultur“, wie es Kultusminister Ludwig Spaenle forderte, lehnt er kategorisch ab.

Während Elizabeth Rossiter betonte, wie wichtig die Etablierung des islamischen Religionsunterrichts für die weitere Integration der muslimischen Bevölkerung sei, erläuterte Prof. Rohe, Jurist und Islamwissenschaftler an der FAU Erlangen-Nürnberg, nicht nur die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen, die bei der Etablierung eines islamischen Religionsunterrichts zu berücksichtigen seien, sondern hob auch die vielen bereits erzielten Erfolge hervor. Obgleich es sich zurzeit noch um Übergangslösungen handle, zeige sich ein fester Wille der muslimischen Verbände, einen gemeinsamen islamischen Religionsunterricht zu realisieren, der zur interreligiösen Kommunikation und Entspannung zwischen den einzelnen islamischen Strömungen führe. Besonders bei der Erarbeitung eines gemeinsamen Lehrplans habe sich gezeigt, dass eine Kooperation nicht nur innerhalb der muslimischen Gemeinden, sondern auch mit der Universität und dem Ministerium allseits auf fruchtbaren Boden gestoßen ist.

Von links: Pfarrer Johannes Mann, Grit Nickel, Jörg Rohe und Elizabeth Rossiter

Die Dringlichkeit einer Lösungsfindung zeigt sich nicht nur anhand abstrakter Zahlen (in Deutschland leben etwa 4 Millionen Muslime; von einem islamischen Religionsunterricht könnten alleine in Bayern 100.000 Kinder profitieren), sondern auch anhand der großen Resonanz, auf die die Veranstaltung besonders bei muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern stieß. So wurde selbst nach Ende der Veranstaltung im Foyer über eine Stunde lang weiter diskutiert.

Von Heidrun Meier
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer JuristInnen im Unterbezirk Erlangen

„Internationalismus reloaded“ Frieden und Abrüstung – Kooperation und Entwicklung

Gesellschaftliche und politische Entwicklungen wie die umfassende Ökonomisierung und Militarisierung aller Lebensbereiche werden kaum mehr wahrgenommen. Die Prozesse scheinen zwar klar greifbar, Akteure und deren Interessen sind aber schwer erkennbar, wozu das selektive Medieninteresse einen gewichtigen Beitrag leistet. Mit diesen Prozessen gehen Entfremdung und Entdemokratisierung einher. In internationalen Militäreinsätzen vermischen sich Menschenrechtspolitik, Weltordnungspolitik, Entwicklungshilfe und Zerstörung.

Demgegenüber steht ein aus historischer Erfahrung gewachsenes gesellschaftliches Friedensbewusstsein, die Einsicht in die Notwendigkeit einer Weltwirtschafts- und Entwicklungspolitik sowie einer umfassenden Weltordnungspolitik.

Die sozialdemokratische Partei kommt aus einer Tradition, die Internationalismus verstand als Parteinahme für die Nichtprivilegierten über nationale und ethnische Grenzen hinweg und zugleich eine gemeinsame Verantwortung für die Menschheit und die Natur einforderte.

Angesichts der eklatanten Widersprüche und der auch von der SPD z.T. mitgetragenen Politik der letzten 20 Jahre (Stichworte: Kosovo – Afghanistan – Libyen – Militarisierung der deutschen Politik) stehen wir vor der Aufgabe, sozialdemokratischen Internationalismus neu zu begründen und die SPD wieder zu der Partei zu machen, die unmissverständlich und konsequent für eine Politik für Frieden und Abrüstung, Kooperation und Entwicklung steht.

Am besten, wir fangen gleich damit an – bei uns im Kreisverband, mit einem

Arbeitskreis „Internationale Politik – Frieden und Abrüstung, Kooperation und Entwicklung“

Alle Genossinnen und Genossen, die an diesem Thema interessiert sind und in einem solchen Arbeitskreis mitarbeiten wollen, bitte ich, sich bei mir (dr.helmut.pfister@fen-net.de) zu melden. Wir werden dann einen Termin für ein erstes Treffen vereinbaren.

Helmut Pfister
Friedenspolitischer Beauftragter

Politischer Aschermittwoch in Vilshofen

Von Manuel Harms
Praktikant im Fraktionsbüro Erlangen

Allein aus Mittelfranken kamen über 300 Genossinnen und Genossen, sechs Busse, zum politischen Aschermittwoch in Vilshofen. Das blau-weiße Zelt, ausgelegt für 3.500 Gäste, war zum Bersten gefüllt.

Erster Redner ist Florian Pronold, der gleich loswettert: CSU-Generalsekretär Dobrindt „würde sogar ins Dschungelcamp gehen, wenn es der Partei etwas bringt. Und da gehört er auch hin!“ Natürlich wird auch Horst „Drehhofer“ nicht verschont: „Eher verwandelt ein Vegetarier seinen Bio-Laden in eine Metzgerei, bevor Horst Seehofer versteht, was Demokratie bedeutet.“ Doch Pronold fasst sich kurz, um den beiden Hauptrednern des Tages schnell Platz zu machen.

BayernSPD

Als nächstes betritt, von frenetischem Applaus und unzähligen geschwenkten SPD-Fähnchen begleitet, Sigmar Gabriel die Bühne. Er ist in Höchstform und legt sofort los: „Es ist nicht nur Zeit für einen neuen Bundespräsidenten, sondern auch für einen neuen Kanzler.“ Klassisch fordert Gabriel, dass Arbeit sich wieder lohnen müsse, was die „Praktikantenregierung“ in Berlin noch nicht begriffen habe.

Am Ende seiner 45-minütigen Rede gibt es stehende Ovationen für Gabriel. Er resümiert: „Mit der CSU ist es vorbei, mit Christian Ude geht es los!“

Der ist dann auch der unbestrittene Star des Tages und wird auf Plakaten schon als nächster Ministerpräsident gefeiert. Er kommt anfangs kaum zu Wort, denn der Applaus will nicht enden. „Ich bin doch noch gar nicht Ministerpräsident“, ruft er. „Darf denn ein Sozi in Bayern überhaupt Ministerpräsident werden? Das Amt gehört doch der CSU“, scherzt er. Immer wieder wird seine Rede von stakkatoartigen „Ude! Ude!“-Rufen unterbrochen.

Dann handelt er etwas zu analytisch Thema für Thema ab und hält sich mit Polemik zurück. Ab und an findet sich ein Seitenhieb: „Der Aschermittwoch der CSU ist eine Casting Show – Bayern sucht den schwarzen Superstar.“ Ude will zum Wahlkampfauftakt kein Thema auslassen. Dadurch wird seine Rede etwas lang und trifft zu wenig den Nerv des Bierzeltes, obwohl sie mit ausgeklügelter Ironie gespickt ist. Doch auch wenn der thematische Rundumschlag nicht unbedingt zum Aschermittwoch passt, ist er hochinteressant und wird mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Gegen vierzehn Uhr klingt der Politsche Aschermittwoch schließlich in gemütlichem Beisammensein aus. Spannend ist die Möglichkeit, die Parteispitzen aus der Nähe zu erleben und sie ohne das Korsett der politischen Korrektheit live reden zu sehen. Auch die Geselligkeit und das Verbundenheitsgefühl, das Wissen um gemeinsame Ziele wärmen wie die Sonne, die sich vor dem Zelt in ihrer ganzen Pracht zeigt.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
April 2012
23. März 2012

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im März Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

01.03. Hans Schreyer
74 Jahre

07.03. Lilli Bauer
65 Jahre

07.03. Emmi Foldenauer
72 Jahre

09.03. Adi Albrecht
78 Jahre

10.03. Bernd Meyer
71 Jahre

11.03. Anneliese Bauer
86 Jahre

13.03. Barbara Pfister
50 Jahre

14.03. Heinrich Merkel
86 Jahre

16.03. Georg Dittrich
81 Jahre

16.03. Fritz Halbmeyer
92 Jahre

18.03. Werner Maly
78 Jahre

20.03. Walter Fellermeier
71 Jahre

22.03. Rainer Böhm
65 Jahre

25.03. Anni Ramming
74 Jahre

26.03. Wolfgang Blum
72 Jahre

31.03. Adolf Eckardt
65 Jahre

Barbara Pfister wird 50

Stadträtin
Dieter
Cycles
Klamottenshoppen
„Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“
Französisch
San Carlos
Personalpolitik
Rosi und Helmut
Distrikt Innenstadt
stellv. Fraktionsvorsitzende
Verdi
Links
Knuspermandeltee
E-Werk
Fußball (zumindest zu WM und EM)
Programmdebatten
Portugiesisch
Kino

Betriebsrätin (a.D.)
Tai-Chi

SPD
Alkoholfreies Weizen
Spanisch
Rathaus

Frauenhausschafkopfturniersiegerin

Cumiana
Filme mit Handlung

Meerschweinchen
Schafkopf
Krimis
Feminismus
Gleichstellung
„Verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre.“
Institut für Fremdsprachen und Auslandskunde
Johanna und Mona
Musik (hören, nicht machen)
Walken
Sieglitzhof
Bardentreffen
Lesen
Türkisch für Anfänger
Bildungspolitik
Wandern
Rennes
AsF
HFPA, ÄR, KFA, VHS, GeWoBau, SchA, JHA
Inklusion
Rote Haribo-Schnuller

50 Jahre alt

Alles Gute!

2.000 Unterschriften aus Erlangen und Nürnberg für die Abschaffung von Studiengebühren

Von Keno Kunkel
Vorsitzender der Juso-Hochschulgruppe Erlangen-Nürnberg

Am 2. Februar übergaben Nasser Ahmed, der Vorsitzende der Jusos Nürnberg, sowie Simon Kahmann und Keno Kunkel von der Juso-Hochschulgruppe in München fast 2.000 Unterschriften für die Massenpetition zur Abschaffung der Studiengebühren. Dankend wurden diese von der hochschulpolitischen Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion Isabell Zacharias und ihrer Nürnberger Kollegin Angelika Weikert angenommen. Weikert hatte, wie auch die Nürnberger Landtagsabgeordneten Helga Schmitt-Bussinger und Stefan Schuster, persönlich geholfen, die Unterschriften zu sammeln.

Von links: Simon Kahmann, Angelika Weikert MdL, Nasser Ahmed, Isabell Zacharias MdL und Keno Kunkel

Die Massenpetition endete am Aschermittwoch. Insgesamt kamen mehr als 30.000 Unterschriften zusammen. In fast allen bayerischen Städten sammelten die Aktiven der Jusos und der SPD Unterschriften gegen die Campusmaut. Auf ihrer Klausurtagung am Irsee kündigte die BayernSPD-Landtagsfraktion an, die Studiengebühren im Falle einer Regierungsübernahme bei den Landtagswahlen 2013 abschaffen zu wollen. Doch bis dahin wollen viele Studierende nicht warten: Durch ihre Unterschriften fordern sie die aktuelle Landesregierung ein weiteres Mal zum Handeln auf.

Die Resonanz auf die Massenpetition war größtenteils positiv. Neben vielen Studierenden unterschrieben viele Bürgerinnen und Bürger aller Altersklassen für eine Abschaffung der Gebühren. Einige verdeutlichten treffend die Probleme, die durch die nur noch in Niedersachsen und Bayern erhobenen Bildungsgebühren verursacht werden, indem sie betonten, dass sie ihr eigenes Studium bei solchen finanziellen Belastungen nicht hätten aufnehmen können.

Bei der anhaltenden Unterfinanzierung der bayerischen Universitäten muss aber auch klar sein, dass der Freistaat einen Wegfall kompensieren muss. Bayern kann sich nicht weiter aus der Verantwortung stehlen, wenn es um die Finanzierung der Hochschulen geht. Schon jetzt ist die Infrastruktur der bayerischen Hochschulen massiv unterfinanziert. An den meisten Universitäten – auch in Erlangen-Nürnberg – können nur noch die notwendigsten Maßnahmen durchgeführt werden. Oft wird versucht, diese Löcher mit Studiengebühren zu stopfen, obwohl diese nach Gesetzeswortlaut eigentlich ausschließlich für eine Verbesserung der Lehre eingesetzt werden dürfen und nicht für die Finanzierung einer Grundausstattung.

Personeller Wechsel in der Stadtratsfraktion Dr. Belz geht, Ortega kommt zurück

Aus beruflichen Gründen bat Dr. Jürgen Belz um die Niederlegung seines Stadtratsmandates zur Stadtratssitzung am 9. Februar 2012.

Nachgerückt ist José Luis Ortega Lleras, der in der vergangenen Wahlperiode bereits der SPD-Stadtratsfraktion angehörte. Derzeit ist Ortega Vorsitzender des Erlanger Ausländer- und Integrationsbeirates. Er kündigte aber bereits an, sich im Sommer von diesem Amt zurückziehen zu wollen, wenn die aktuelle Diskussion über das Verhalten der Erlanger Ausländerbehörde abgeschlossen ist.

José Luis Ortega Lleras ist 56 Jahre alt und wohnt mit seiner Frau und seinen zwei Töchtern in Steudach. Er arbeitet bei Siemens und ist dort im Betriebsrat aktiv. In der SPD-Fraktion wird er den Sprecherbereich „Kirchen und Glaubensgemeinschaften“ sowie die Betreuungsfunktion für die Stadtteile Kosbach, Häusling und Steudach übernehmen.

„Ich freue mich darauf, wieder in die Fraktion zurückzukehren und mich als SPD-Stadtrat für die Bürgerinnen und Bürger engagieren zu können“, erklärte der aus Kolumbien stammende Ortega.

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 14. März , 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Themen:

- Aktuelles
- „Verteilung Steueraufkommen“ (Gert Büttner, Fortsetzung vom 15. Februar)
- „Mythos Demographie“ (Robert Sippl)
- Euro-Memorandum 2012, Abschnitt 1 „Die Krise in der Europäischen Union spitzt sich zu“ (Philipp Dees)

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erstmal zuhören will.

Helmut Pfister

Die Gemeinschaftsschule in der Diskussion

Von Angelika Weikert MdL
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen

Notendruck, Unterrichtsausfälle und Schulschließungen – kein Wunder, dass Eltern und Schüler mit dem selektiven bayerischen Schulsystem zunehmend unzufrieden sind. Drei Viertel der Beteiligten brachten jüngst in einer nichtrepräsentativen Onlineumfrage von Bayern 3 ihren Ärger über die bayerischen Verhältnisse zum Ausdruck. Bereits im Sommer des vergangenen Jahres wandte sich das „Forum Bildungspolitik in Bayern", ein Zusammenschluss von 44 Verbänden aus dem Bildungsbereich, mit einer umfassenden Petition zur Verbesserung der bayerischen Schullandschaft an den Landtag. Schwarz-gelb ist jedoch an Verbesserungen nicht interessiert: In der jüngsten Sitzung des Bildungsausschusses lehnten CSU und FDP die Petition ab.

Gemeinschaftsschule als bessere Antwort

Mit ihrer im vergangenen Jahr gestarteten Kampagne „Gemeinschaftsschule! Die bessere Antwort für Bayern" greift die SPD-Landtagsfraktion die berechtigte Kritik am bayerischen Schulsystem auf. Unser gemeinsam mit Bildungsexperten entwickelter Vorschlag sieht vor, dass Schüler durch ein modernes pädagogisches Konzept länger gemeinsam lernen und zugleich individuell besser gefördert werden. Die Schwächeren und Stärkeren können so voneinander profitieren, die Lerninhalte werden an das Potenzial der Schülerinnen und Schüler angepasst. Unser Ziel ist es nun, die sozialdemokratischen Alternativen in der Bildungspolitik gesellschaftlich breit zu diskutieren. Gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Stefan Schuster und der SPD-Landtagsfraktion lud ich im Februar deshalb Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen und KommunalpolitikerInnen in Buckenhof zum Bildungsdialog „Gemeinschaftsschule! Die bessere Alternative für Bayern" ein.

Brennende Probleme in Stadt und Land

Bereits in den einleitenden Interviews mit dem Erlanger SPD-Kreisvorsitzenden Dieter Rosner und mit Konrad Gubo, zweitem Bürgermeister von Eckental und Kreisrat, wurden die vielfältigen Probleme des bayerischen Bildungssystems deutlich. Denn auch in einer Stadt wie Erlangen, in der ein Großteil der weiterführenden Schulen Gymnasien sind, ist das Bildungssystem vor allem nach unten flexibel. Wie der Erlanger Bildungsbericht belegt, steigen weitaus mehr SchülerInnen aus dem Gymnasium oder der Realschule ab, als HauptschülerInnen aufsteigen. Je höher im Stadtteil das durchschnittliche Bildungs- und Einkommensniveau liegen, desto höher sind auch die Übertrittsquoten auf ein Gymnasium. Dieter Rosner wies zudem darauf hin, dass der Druck auf SchülerInnen, ins Gymnasium zu wechseln, in Erlangen angesichts der Schulstruktur besonders hoch sei.

Im Gespräch über die Gemeinschaftsschule (von links): Konrad Gubo, Stefan Schuster, Angelika Weikert und Dieter Rosner

Im Gespräch mit Stefan Schuster ging Konrad Gubo auf die drohenden Schulschließungen im Landkreis ein. Nach Berechnungen des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes können bereits 2015 fünf Hauptschulen keine Eingangsklassen mehr bilden und sind deshalb beim Fortbestand eines dreigliedrigen Schulsystems in ihrem Bestand gefährdet. In Lonnerstadt und Hessdorf wurden die Haupt- und Mittelschulen bereits aufgelöst, in Adelsdorf gibt es in diesem Schuljahr keine 7. Klasse mehr. Gefährdet sind aber auch Heroldsberg und Weisendorf. Wie Konrad Gubo aufzeigte, werden durch die Verlegung einzelner Klassen an andere Schulstandorte Schulgemeinschaften zunehmend auseinandergerissen. SchülerInnen müssten immer weitere Schulwege in Kauf nehmen. Darüber hinaus betonte Gubo, dass Gemeinden ohne Schule für junge Familien zunehmend unattraktiv würden.

Keiner darf verloren gehen

In „Dialoginseln" gingen meine Landtagskollegen Martin Güll und Karin Pranhofer anschließend auf die Fragen und Anregungen der Gäste des Bildungsdialogs ein. Aufgezeigt wurde dabei, dass die Gemeinschaftsschule auch für kleine Schulstandorte eine attraktive Alternative ist, lässt sie sich doch bereits ab einer Zahl von etwa 200 SchülerInnen betreiben. Deutlich wurde in der Diskussion aber auch, dass sich die Probleme des bayerischen Schulsystems in Stadt und Land erheblich unterscheiden und dass wir für unsere Konzepte noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten haben. Eine Stärke des Gemeinschaftsschulkonzepts ist dabei, dass die Schulform nicht „von oben" verordnet, sondern mit den Betroffenen auf die Probleme und Wünsche vor Ort hin zugeschnitten werden soll. Dennoch müssen wir darauf achten, unsere umfassenden Reformvorstellungen für das bayerische Schulsystems nicht zu einer reinen Diskussion über die Schulstruktur zu machen. Denn eine Bildungspolitik, die keinen jungen Menschen verloren gibt, ist eine unserer zentralen Forderungen für den politischen Wechsel in Bayern 2013!

Weiterführende Links:

- Die Seite zur Kampagne der Landtagsfraktion: http://www.gemeinschaftsschule-bayern.de
- Seite des BLLV zur Situation der Hauptschulen: http://www.bllv.de/Zukunft-der-Hauptschule.7100.0.html
- Der Erlanger Bildungsbericht als PDF zum Download: http://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-470/1601_read-22921/

Gespräch mit Erlanger Migranten- und Flüchtlingsinitiativen

Von Dr. Florian Janik
Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion

Von Angelika Weikert
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen

Die Erlanger Ausländerbehörde steht seit einer gemeinsamen Pressekonferenz des Ausländer- und Integrationsbeirats und verschiedener Flüchtlingsorganisationen in den Schlagzeilen: Die FlüchtlingsvertreterInnen hatten Fälle öffentlich gemacht, die die besondere Härte des Erlanger Amtes gegenüber Hilfesuchenden zeigten. Nicht zuletzt auf Grund des Drucks von Seiten der Rathausopposition und der kritischen Medienberichterstattung zeigt sich die Stadt in den letzten Wochen bereit, auf die Kritik der Flüchtlingsorganisationen einzugehen. Wie bei einem von MdL Angelika Weikert und der SPD-Stadtratsfraktion veranstalteten Gespräch mit Erlanger Flüchtlingsorganisationen deutlich wurde, bleiben die Reaktionen der Stadtspitze bislang jedoch unzureichend.

OB Balleis in der Kritik

Insbesondere Oberbürgermeister Balleis wurde als Verwaltungschef und oberster Dienstherr der Ausländerbehörde scharf kritisiert. Seine einzige Äußerung zum Thema habe bislang darin bestanden, eine Entschuldigung von den Flüchtlingsorganisationen für die namentliche Nennung des als „Sheriff Gnadenlos“ bekannt gewordenen Mitarbeiters einzufordern. Selbst bei dem jüngst von der Stadtspitze einberufenen Runden Tisch zur Aufarbeitung der Vorwürfe habe sich Balleis in keiner Weise an der Diskussion beteiligt. „Wir haben nach wie vor den Eindruck, die Stadtspitze diskutiert bewusst auf einer anderen Ebene als wir“, lautete deshalb der einhellige Vorwurf der FlüchtlingsvertreterInnen im Gespräch mit der SPD. Es gehe nicht in erster Linie um die Frage, ob die Verwaltung rechtlich korrekt gehandelt habe, sondern darum, inwiefern Ermessensspielräume zu Gunsten von Flüchtlingen genutzt wurden.

Forderungen der Flüchtlingsorganisationen weitertragen

Die anwesenden SPD-Stadträte Dr. Florian Janik, José Louis Ortega, Barbara Pfister, Elizabeth Rossiter und Wolfgang Vogel sagten zu, die Anliegen der Flüchtlingsorganisationen weiterhin in den Stadtrat zu tragen. Zu den zentralen Forderungen gehört jetzt die rasche Bearbeitung des von den FlüchtlingsvertreterInnen vorgelegten Fragenkatalogs zur Arbeit der Erlanger Ausländerbehörde. Die gründliche Aufarbeitung der Vorwürfe gegen die Ausländerbehörde sei eine wesentliche Voraussetzung für eine Handreichung zur humanitären Auslegung von Ermessensspielräumen. Die seitens der Stadt angekündigte Prüfung der Vorwürfe durch das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen reiche nicht aus. Vielmehr sei auch eine Einbeziehung des Deutschen Instituts für Menschenrechte notwendig. Wichtige Anforderungen an einen Handlungsrahmen für die Ausländerbehörde sollen nun in der nächsten Zeit im Dialog mit den Flüchtlingsorganisationen erarbeitet werden. In Erlangen müsse eine echte Willkommenskultur für alle Menschen mit Migrationshintergrund herrschen, die insbesondere der Oberbürgermeister glaubhaft vertreten solle, forderte SPD-Fraktionschef Florian Janik. Angelika Weikert sagte zu, den Organisationen beispielsweise bei Petitionen an den Landtag unterstützend zur Seite zu stehen. Eine Fortsetzung des Gesprächs ist spätestens in der zweiten Jahreshälfte geplant.

Die Stadtratsfraktion zur Integration in Erlangen: Spielräume ausnutzen und Verantwortung übernehmen!

Die in der öffentlichen Diskussion stehende Praxis bei einigen ausländerrechtlichen Verfahren dokumentiert nicht nur das schlimme Schicksal, dem manche unserer ausländischer MitbürgerInnen hier vor Ort ausgesetzt sind, sie schädigt auch das weltoffene Image unserer Stadt. Dabei wird gerne vergessen, dass – zwar rechtlich wohl korrektes, aber tatsächlich menschenunwürdiges – Verwaltungshandeln nur möglich ist, weil es der harten Linie des bayerischen CSU-Innenministers Herrmann entspricht. Hier liegt die politische Hauptverantwortung dafür, dass Menschen aus aller Welt in Bayern und damit eben auch bei uns in Erlangen nicht willkommen sind.

Die immer neuen Fakten über Vorgänge in der Ausländerbehörde machen aber auch deutlich, dass der Oberbürgermeister als Chef der Stadtverwaltung nicht nur unfähig ist, sein Haus in Ordnung zu halten, sondern dass er wohl auch die harte CSU-Praxis gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden billigt. Kein Wort des Bedauerns über das Schicksal der betroffenen Menschen ist von ihm zu hören, statt dessen beharrt er auf Vorbedingungen, um überhaupt Gespräche zu führen.

Oberbürgermeister Dr. Balleis ist hier jedoch mehrfach gefordert:

- Als oberster Verwaltungschef und kommunalpolitisch Verantwortlicher muss er nach innen und außen klar stellen, welche Linie er in seiner Verwaltung praktiziert sehen will. Und er muss das Gespräch mit den Betroffenen und ihren VertreterInnen vorbehaltslose und aktiv führen. Für die SPD steht dabei fest: Wenn die Stadt ihrem Motto „Offen aus Tradition“ gerecht werden will, dann müssen alle möglichen rechtlichen Spielräume zugunsten der Betroffenen genutzt werden. Es ist mehr möglich als das, was in Erlangen derzeit praktiziert wird.
- Als oberster Personalchef der Stadt ist er aber auch seinen MitarbeiterInnen gegenüber verantwortlich – d.h. nicht, sich bei Fehlverhalten bedingungslos vor die oder den Einzelnen zu stellen, sondern vielmehr durch entsprechende Personalausstattung, Schulung und Personalcoaching sicher zu stellen, dass die Beschäftigten mit all den Problemen und Aufgaben in solch sensiblen Tätigkeitsbereichen nicht alleine gelassen werden.
- Als Mitglied des CSU-Präsidiums ist er – zusammen mit Innenminister Herrmann – verantwortlich für eine Flüchtlings- und Ausländerpolitik, die ausgrenzt und abschiebt und dabei dem Einzelschicksal nicht gerecht wird.

Michael-Poeschke-Gesellschaft:

Einladung zur Fahrt nach Flossenbürg

Die Michael-Poeschke-Gesellschaft lädt ein zu einer Fahrt zur Gedenkstätte an das ehemalige Konzentrationslager in Flossenbürg.

Wir starten am

Sonntag, 6. Mai 2012 um 8 Uhr vom Parkplatz West

mit einem Bus der Fa. Tanner und sind gegen 10 Uhr in Flossenbürg.

Wir werden in 2 Gruppen durch die Gedenkstätte geführt. Diese Führung wird ca. 3 Stunden dauern.

Wir werden dann ein Mittagessen einnehmen. Anschließend, so denke ich, können wir noch einen kleinen Spaziergang zur Burgruine Flossenbürg unternehmen.

Spätestens um 16 Uhr treten wir die Rückfahrt an, sodass wir um 18 Uhr wieder in Erlangen sein werden.

Ich habe mit dem Bürgermeister von Flossenbürg, dem Genossen Johann Kick, Kontakt aufgenommen und hoffe, dass er Zeit haben wird, zu uns zu stoßen – vielleicht beim Mittagessen.

Ich würde mich freuen, wenn unser Angebot auf breites Interesse stößt. Die Kosten für die Busfahrt und die Führung werden 20 Euro pro Person nicht übersteigen.

Anmeldungen bitte an:
Heide Mattischeck
Tel.: 09545/442377
heide.mattischeck@web.de

Selbstverständlich könnt ihr auch im Büro bei Sabine Wehner anmelden.

Wichtige Informationen über die Gedenkstätte könnt Ihr Euch im Vorfeld schon mal im Internet ansehen.

Für die MPG
Heide Mattischeck

Aktion „5 vor 12“ – wir sind dabei!

Als Mitarbeiter der SPD-Büros im Erlanger August-Bebel-Haus werden wir uns am 21. März an der von der Türkischen Gemeinde Deutschlands ins Leben gerufenen bundesweiten Aktion „5 vor 12“ beteiligen. Anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus werden wir uns um 11.55 Uhr mit Transparenten vor dem August-Bebel-Haus positionieren. Wir wollen fünf Minuten innehalten, um gemeinsam ein öffentliches Zeichen gegen Rassismus und für demokratische Werte zu setzen.

Die unter anderem von der AWO unterstützte Aktion „5 vor 12“ ist Ausdruck der Trauer und des Entsetzens über die abscheulichen Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“. Wir nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass Ressentiments und Vorurteile gegenüber Menschen mit tatsächlichem oder zugeschriebenem Migrationshintergrund nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft vorkommen. Aktuelle Studien belegen die Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Gewaltbreite Rassisten stützen sich auf diese Vorurteile und sehen ihre Taten dadurch als legitimiert an.

Rassismus und Rechtsextremismus stehen im krassen Widerspruch zu den Werten der SPD. Aufgrund eigener historischer Erfahrungen und unserer demokratischen Grundüberzeugung stellen wir uns gegen jede Vorstellung, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder ihres Glaubens in vermeintlich minderwertige Gruppen einteilt und ausgrenzt. Alle Genossinnen und Genossen, die an ihren Arbeitsplätzen keine Möglichkeit zur Teilnahme an der Aktion „5 vor 12“ haben, können unsere Aktion vor dem August-Bebel-Haus gerne unterstützen.

Jutta Ledertheil
SPD-UB-Geschäftsführerin

Sabine Wehner
SPD-KV-Geschäftsführerin

Christofer Zwanzig
wissenschaftlicher Mitarbeiter des Abgeordnetenbüros

Jahresbericht 2011 von Angelika Weikert online

Auch in diesem Jahr gibt Angelika Weikert, Betreuungsabgeordnete für Erlangen im Bayerischen Landtag, in einem Jahresbericht einen Überblick über ihre Aktivitäten im Jahre 2011. Der Bericht steht als pdf-Datei unter www.angelika-weikert.de zum Download bereit.

Zukunftsdialog online der SPD-Bundestagsfraktion – Macht alle mit!

Ob Windradstandorte, S-Bahn-Planungen oder Straßenbauprojekte: Immer öfter zeigt sich, dass die Bürgerinnen und Bürger teilhaben wollen an politischen Debatten und Beschlüssen. Viele Menschen erwarten, dass Politik transparenter wird und sich für neue Dialog- und Beteiligungsformate öffnet.

Im „Projekt Zukunft“ arbeitet die SPD-Fraktion an Lösungen für drängende Modernisierungsfragen unseres Landes. Die Fragen lauten: Wie wollen wir 2020 leben? Was muss dafür in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen getan werden? Gemeinsam mit Experten, Wissenschaftlern und Bürgerinnen und Bürgern entwickeln wir Antworten auf drängende Zukunftsfragen.

Einer der Bausteine dazu ist der Zukunftsdialog online, zu dem wir Euch gerne einladen: Beteiligt Euch über das Internet direkt an der Projektarbeit!

Um diese Themen geht es:

- Gleichstellung/Gleichberechtigung
- Wachstum/Wohlstand/Lebensqualität
- Aktive Ganztagsschulen
- Ein Kreativpakt mit der Kreativwirtschaft
- Miteinander der Generationen
- Moderne Infrastruktur

Der gemeinnützige Verein Liquid Democracy hat eine Software namens Adhocracy entwickelt. Auf der Plattform zukunftsdialog.spdfraktion.de lässt sich der Dialog führen. Beteiligen können sich auch Verbände, Interessengemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen.

Ich bin überzeugt, dass sich mit diesem Mitmach-Modell eine neue demokratische Partizipationskultur im parlamentarischen Raum etablieren lässt, die es so noch nie gab.

Unser „Projekt Zukunft“ soll ein echtes Bürgerprogramm werden. Macht alle mit!

Mit herzlichen Grüßen
Eure Marlene Rupprecht, MdB

Rede zum städtischen Haushalt 2012

Von Dr. Florian Janik
Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
zu Beginn möchte ich mich dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmerei und im Personalamt anschließen. Die Zusammenarbeit hat gewohnt gut funktioniert. Lieber Herr Beugel, auch wenn Sie es von unserer Seite in jedem Jahr zu hören bekommen, ist es dennoch keine lästige Routine, sondern ehrlich gemeint: Wir schätzen den offenen und ehrlichen Austausch mit Ihnen in allen Angelegenheiten, die den Haushalt betreffen und wissen, dass das über die Parteigrenzen hinweg in vielen Städten nicht die Regel ist. Herzlichen Dank auch dafür.

Foto: Stephan Teubel/erlangen-im-bild.de

Herr Beugel, sie haben bei der Einbringung des Haushaltes einige grundsätzlichen Worte zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland und in Europa verloren. Und ich möchte daran anknüpfen. Ich denke, dass uns die Vorgänge in Europa hier vor Ort in den Kommunen weit mehr betreffen, als vielen von uns bewusst ist.

Das Wort Haushalt ist zurzeit in aller Munde, aber eher selten im Zusammenhang mit der Stadt Erlangen. Kein Tag vergeht ohne neue Meldungen über die Wirtschaftskrise in Europa und neue Spekulationen über die Zukunft des Euro, einzelner europäischer Staaten und auch der gesamten Europäischen Union. Das für mich Erschreckende an diesen Diskussionen ist, dass über das schnöde Geld – eigentlich ja nur ein Hilfsmittel für wirtschaftliche Prozesse – Jahrzehnte der europäischen Integration in Vergessenheit zu geraten scheinen. In neokolonialer Manier schreiben die europäischen Kernländer der südeuropäischen Peripherie vor, wie sie in Ihren Ländern Politik zu gestalten haben, und reden dabei ganz offen über die temporäre oder auch dauerhafte Umgehung der demokratischen Verfassungen dieser Länder. Sparkommissare, oder etwas unverfänglicher, eine Regierung aus Technokraten, sind hier die immer wieder zu hörenden Stichworte, die angeblich einen Ausweg aus der Krise weisen sollen. Durch diese politische Entmachtung der Menschen in Südeuropa und die brutalen Sparauflagen, die das Leben zum Beispiel in Griechenland in für uns unvorstellbarem Maße beeinträchtigt und die Menschen scharenweise in Armut und Arbeitslosigkeit katapultieren, schüren wir Zorn und Zwietracht in Europa. Und gerade bei den Griechen kommt die Erinnerung an die hässliche Fratze der Deutschen wieder hoch, die auf Grund unserer Geschichte noch im kollektiven Gedächtnis des Landes verankert ist. Wir werden derzeit Zeuge einer schlagartigen Entsolidarisierung Europas. Der alte Grundsatz, dass eine Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in Europa die Angleichung der Lebensverhältnisse ist, rückt in den Hintergrund.

Und die Auswirkungen dieser Diskussion machen auch vor Deutschland nicht halt. Mit der im Kern gleichen Argumentation wird hier – zurzeit noch weniger lautstark – über den Länderfinanzausgleich diskutiert.

Und auf der Ebene der Kommunen zeichnet sich bereits heute ein ähnliches Szenario ab. Wenn sich die Politik nicht ändert, ist absehbar, dass bald auch Kommunen, ebenso wie Staaten und Bundesländer, gezwungen werden, zuallererst um die Gunst der Ratingagenturen zu buhlen. Dieses scheinbar neutrale Spiel der Kräfte an den Finanzmärkten überschattet dann nicht nur jede kommunale Politik – viel schlimmer, es wird, wie wir es in Griechenland erleben können, zum alleinigen Zweck von Politik, den Märkten zu gefallen. Marktkonforme Demokratie, wie es die Kanzlerin so schön ausgedrückt hat. Schon um dies zu verhindern, um also auch in Zukunft hier vor Ort echte Haushaltsberatungen führen zu können, sollte es zu unserer gemeinsamen Aufgabe werden, in unseren jeweiligen Parteien dafür zu sorgen, dass der Finanzmarkt auf das zurückgeführt wird, was er einmal war: Ein Markt, auf dem sich Gelder für unternehmerische oder private, in jedem Fall aber reale Investitionen beschaffen ließen und nicht ein Casino für renditesuchendes Kapital.

Nun aber zum Erlanger Haushalt. Noch unterliegen wir ja noch nicht diesen Zwängen und können noch über den Haushalt streiten. Zunächst möchte ich für meine Fraktion festhalten, dass in diesem Jahr die Haushaltsberatungen für die SPD-Fraktion außerordentlich erfolgreich verlaufen sind. Viele unserer Anträge haben eine Mehrheit gefunden. Was inhaltlich, da sie wohlbegründet und mit Augenmaß gestellt waren, nur logisch erscheint, aber im Vergleich zu den Vorjahren eine erfreuliche Verbesserung darstellt. Besonders herausstellen möchte ich dabei zwei Projekte: Das Gemeindezentrum in Frauenaurach und das Freibad West.

Wenn es nach CSU und FDP gegangen wäre, wäre das Gemeindezentrum ja schon einmal fast abgerissen und das Grundstück zum Verkauf angeboten worden. Es ist unserem hartnäckigen Engagement in den Gremien und den

vielen ebenso hartnäckigen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu verdanken, dass dieses Zentrum jetzt nicht nur einfach saniert wird, sondern in Zukunft mit runderneuertem Konzept und einer Kinderkrippe den Menschen in Frauenaurach, aber auch darüber hinaus für vielfältige Aktivitäten zur Verfügung stehen wird.

Beim Freibad West ist schon seit vielen Jahren bekannt, dass es ohne eine umfassende technische Sanierung in absehbarer Zeit seine Türen schließen muss. Für die SPD war immer klar, dass man auf dieses Angebot im Stadtwesten mit seiner wachsenden Bewohnerzahl keinesfalls verzichten kann. Und wir fordern schon seit Jahren, dass die Stadt Geld in die Hand nimmt, um mit der Sanierung zu beginnen. In diesem Jahr haben wir dafür auch endlich eine Mehrheit bekommen.

Ob Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, unseren Anträgen zustimmen, weil wir Sie überzeugt haben, weil sie keine eigenen Ideen haben oder weil sie den öffentlichen Druck im Nacken spüren, ist uns letztlich egal. Wir sind überzeugt, dass unsere Ideen gut für diese Stadt sind, und freuen uns, wenn sie umgesetzt werden.

Trotz der Freude über diese Erfolge in Teilbereichen ist der vorliegende Haushaltsentwurf für die SPD-Fraktion nicht zustimmungsfähig. Dies hat zum einen inhaltliche Gründe. Ein wesentlicher Schwerpunkt sozialdemokratischer Kommunalpolitik – der lokale Klima- und Umweltschutz, heute auch gerne Energiewende genannt – ist im vorliegenden Haushalt unzureichend berücksichtigt. Bei der Diskussion um die Energiewende in Erlangen vor einigen Monaten im Stadtrat hat es sich ja bereits abgezeichnet. Sie, Herr Oberbürgermeister und ihre Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP sind zwar gerne bereit, sich verbal zur Energiewende zu bekennen, wenn es aber konkret wird, also der Einsatz und das Geld der Kommune gefordert sind, dann kneifen Sie.

„Verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre.“ Dieser schöne Ausdruck des Soziologen Ulrich Beck im Zusammenhang mit der Gleichstellungspolitik ist auch für ihr Verhalten beim Thema Energiewende eine mehr als treffende Beschreibung. Uns ist klar: Ohne klare ordnungspolitische Vorgaben, die Sie scheuen, und ohne den Einsatz finanzieller Mittel von Bund, Land und Kommunen ist die Energiewende zum Scheitern verurteilt, noch ehe sie richtig begonnen hat. Das Nichthandeln der Bundesregierung und das zögerliche Handeln der Staatsregierung dürfen dabei keine Entschuldigung für uns vor Ort sein. Wir haben heute daher eine Auswahl unserer Haushaltsanträge zu diesem Thema eingebracht und stellen erneut zur Abstimmung die energetische Sanierung der Wirtschaftsschule, zusätzliche Mittel für den Ausbau des Radwegenetzes, Planungsmittel für die Stadtumlandbahn und weitere Projektmittel.

Ein paar kleinere, aber dennoch nicht unbedeutende Punkte beantragen wir heute ebenfalls erneut: Das Kulturprojektbüro benötigt für die Weiterführung des Erlanger Kulturservices, ein wichtiges Serviceangebots im Bereich der kulturellen Bildung für Schulen und Kindertagesstätten, dringend personelle Unterstützung. Ein Ausfallen oder Verschieben des Fests „Miteinander Leben in Erlangen“ des Ausländer- und Integrationsbeirates halten wir nicht nur auf Grund der derzeitigen Debatte über die Erlanger Integrationspolitik für ein völlig falsches Signal. Um Jugendlichen in der Innenstadt Raum zu geben, setzen wir auf den Bau des Jugendtreffs am E-Werk, und die Wiederherstellung des Bolzplatzes an der Pommernstraße halten wir für ebenso unverzichtbar wie die Bürgerinnen und Bürger am Anger auf der jüngst durchgeführten Bürgerversammlung. Den Antrag auf zusätzliche

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Mittel für die Kindergruppe des Frauenhauses hatten wir in der Ausschusssitzung zurückgezogen, da Bürgermeisterin Preuß ausgeführt hatte, dass die Mittel in diesem Jahr nach Rücksprache mit dem Träger nicht benötigt würden. Diese Information hat sich als falsch herausgestellt, und daher stellen wir den Antrag heute erneut und erwarten im Verlauf der Debatte auch eine Erklärung der Bürgermeisterin, warum diese falsche Information im Ausschuss von ihr vorgetragen wurde.

Neben diesen inhaltlichen Mängeln des vorliegenden Haushalts lehnen wir ihn aber auch aus finanz- und personalpolitischer Verantwortung heraus ab.

Dieser Haushalt ist ein Beleg dafür, dass diejenigen, die in dieser Stadt regieren, nicht über den Tag hinaus denken und konzeptlos an der Spitze dieser Stadt stehen. Und dabei merken sie noch nicht einmal, wie sie sich in Ihre eigenen Wiedersprüche verstricken.

Sie, Herr Oberbürgermeister und Herr Dr. Ruthe, haben sich eben für einen Haushalt ohne Neuverschuldung gebrüstet und haben dies immer wieder als Ziel auch für die kommenden Jahre ausgegeben. Wenn Sie das tatsächlich ernst meinen und gleichzeitig bei Ihrer ablehnenden Haltung zu Konsolidierungen auf der Einnahmeseite, sprich Steuererhöhungen vor allem bei der Gewerbesteuer, bleiben, sind aber auch viele der von Ihnen gefassten Beschlüsse wertlos. Das erschließt sich auch dem ungeübten Auge schon bei einem kurzen Blick auf die mittelfristige Finanzplanung. Bereits für 2013 klaffen hier Millionenlöcher, und da ist das aufgestockte Schulinvestitionsprogramm noch gar nicht enthalten. Wenn Sie das heute beschlossene Investitionsprogramm tatsächlich realisieren wollen, also das Schulsanierungsprogramm in seiner aufgestockten Form umsetzen, den Krippenausbau voranbringen, das Freibad West sanieren und so weiter und so fort, dann wird das nicht ohne weitere Kredite gehen.

Diese Situation wird noch dadurch verschärft, dass sie neue freiwillige Leistungen schaffen, die aus unserer Sicht weder notwendig noch zielführend sind. Beispiel gefällig: Das Archiv. Nicht genug, dass sie es in einem völlig ungeeigneten Gebäude untergebracht haben, das uns in Zukunft noch viele Millionen kosten wird: Sie sind auch noch dabei, dieses Archiv zu einer Einrichtung zu machen, die sich mit Ausstellungen öffentlich präsentieren soll. Sie schaffen damit überflüssige Doppelstrukturen, denn es gibt bereits eine Einrichtung, die Ausstellungen zur Stadtgeschichte konzipiert, unser Erlanger Stadtmuseum. Und als nächstes rufen Sie dann wahrscheinlich wieder eine teure Beraterfirma zu Hilfe oder führen die xte Aufgabenkritik durch, um Einsparungen zu realisieren.

Auch ein anderer Aspekt Ihrer Haushaltspolitik ist in sich widersprüchlich und entbehrt jeder Logik. Einerseits schaffen Sie in diesem Jahr viele neue Stellen, andererseits erhalten Sie den Druck auf die Beschäftigten durch die Wiederbesetzungssperre aufrecht. Diese hat nachgewiesener Maßen nicht besonders viel gebracht, aber in den Ämtern den Arbeitsdruck massiv verstärkt. Und wenn deshalb oder aus anderen Gründen Probleme auftauchen, wie zum Beispiel im Jugendamt, wo auf Grund der Personalsituation der Ausbau der Krippenplätze massiv gefährdet ist, reagieren sie spät, meist nach Aufforderung aus den Reihen der Opposition und manchmal auch gar nicht. Eine vorausschauende Personalpolitik, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und ihrer Töchter mitnimmt und an den Projekten – und auch an der Haushaltskonsolidierung – beteiligt, findet nach wie vor nicht statt.

Dieser Haushalt, Herr Oberbürgermeister und liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie gleich zustimmen werden, ist mit konzept- und ziellos noch sehr wohlwollend umschrieben. Er findet daher trotz manch guter, meist von der Opposition eingebrachter Projekte nicht die Zustimmung der Sozialdemokratie.

Unsere Antwort auf die Haushaltslage der Stadt Erlangen kennen Sie: Erstens dauerhafte Verbesserungen auf der Einnahmeseite. Dies versetzt die Stadt in die Lage zusätzliche Investitionskredite aufzunehmen, um damit in die dringend notwendige und vernachlässigte Infrastruktur zu investieren. Vernachlässigte Infrastruktur sind übrigens ebenfalls Schulden, die wir der nächsten Generation überlassen. Bei allen Ausgaben setzen wir zweitens auf konsequente politische Schwerpunktsetzung auf die Bereiche Bildung und Kinderbetreuung, soziale Infrastruktur und Ökologie. Einem Haushalt, der diese Schwerpunkte setzt, werden wir gerne zustimmen. Und weil wir für einen solchen Haushalt auch in Zukunft mit Ihnen streiten wollen, ist das eingangs zu Europa und den Finanzmärkten gesagte von so entscheidender Bedeutung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

SPD-Bezirkstagsfraktion fordert Verbot der NPD und Aussteiger-Programm gegen Rechtsextremismus

„Auch der mittelfränkische Bezirkstag muss ein klares Signal gegen Rechts setzen und für ein Verbot der NPD eintreten“, fordert der SPD-Fraktionsvorsitzende Fritz Körber. Nachdem eine Reihe von Kommunen, z.B. die Stadt Nürnberg, gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern deutlich Position bezogen haben, gehört nach Auffassung der SPD-Bezirkstagsfraktion das Thema „Aktiv gegen Rechtsextremismus“ erneut auf die Tagesordnung des Bezirkstages.

In einem entsprechenden Antrag an den Bezirkstagspräsidenten verweisen die Sozialdemokraten auf die Mitgliedschaft des Bezirks Mittelfranken in der Bürgerbewegung für Menschenrechte und der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg. „Das verpflichtet uns in besonderem Maße“, stellt Körber fest und bringt zusammen mit seiner Fraktion gleich einen konkreten Vorschlag ein: In Zusammenarbeit mit EXIT-Deutschland soll für Mittelfranken ein Projekt entwickelt werden mit dem Ziel, Aussteigerinnen und Aussteigern aus der rechten Szene mit Information, Beratung und Hilfestellung zur Seite zu stehen.

Im Zusammenhang damit sollen der Bezirkstagspräsident, Repräsentanten der Bündnisse sowie Polizei und Regierung von Mittelfranken über die aktuelle Situation berichten.

Der Antrag kann über www.spd-bezirkstag heruntergeladen werden.

Für eine echte Willkommenskultur in Erlangen

Antrag an die Kreismitgliederversammlung der SPD Erlangen

Antragsteller: Christofer Zwanzig

Die SPD tritt uneingeschränkt für das offene, gleichberechtigte und solidarische Miteinander von Menschen unterschiedlicher Nationen und verschiedener Kulturen in Erlangen ein. Menschen mit Migrationshintergrund sind in unserer Stadt ein wesentlicher Faktor des Wirtschafts- und Arbeitslebens, der sozialen Sicherungssysteme und der kulturellen Vielfalt. Dazu gehören auch die Flüchtlinge und Asylsuchenden, die aus den unterschiedlichsten Gründen ihre Heimat verlassen haben und zu uns gekommen sind. Gerade in einer Stadt wie Erlangen, die ihre heutige Größe und Bedeutung der Aufnahme von Flüchtlingen – vor 300 Jahren und nach 1945 wieder – mitverdankt, muss sich der Wahlspruch „Offen aus Tradition“ bewähren.

Nach wie vor ist der Umgang mit Asylbewerberinnen und -bewerbern und Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in Bayern unmenschlich und bleibt in vielen Bereichen hinter völkerrechtlichen Standards zurück. Umso wichtiger ist es für uns, dass die zuständigen Behörden in einer Stadt wie Erlangen geltendes Recht zu Gunsten von Flüchtlingen auslegen und Ermessensspielräume großzügig nutzen.

Die in jüngster Zeit öffentlich gewordene unmenschliche Härte, mit denen die Erlanger Ausländerbehörde gegen Hilfesuchende vorging, entsetzt uns. Der Erlanger Oberbürgermeister hat mit seinen bislang völlig unzureichenden Reaktionen auf die Vorwürfe dem Ansehen unserer Stadt großen Schaden zugefügt. Als Verwaltungschef ist er gefordert, zum Verhalten seiner Beamten endlich eindeutig Position zu beziehen, sich an der Aufarbeitung der Vorwürfe zu beteiligen und sich für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen einzusetzen.

Die Versetzung eines einzelnen Beamten als „Bauernopfer“ reicht keinesfalls aus. Vielmehr sind grundlegende strukturelle Verbesserungen beim Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden in unserer Stadt zu ergreifen. Wir begrüßen das intensive Engagement der SPD-Stadtratsfraktion und setzen uns weiterhin für eine menschenfreundliche Migrationspolitik in Erlangen ein. Die Erlanger SPD fordert:

- In Erlangen muss eine echte Willkommenskultur für Menschen mit Migrationshintergrund, für Flüchtlinge und Asylsuchende herrschen. Insbesondere der Oberbürgermeister ist gefordert, diese Willkommenskultur glaubhaft zu vertreten.
- Über die beschlossene Schaffung einer mit Ausländerangelegenheiten befassten Stelle im Rechtsamt fordern wir, dass Abschiebungen vor ihrer Ausführung in letzter Instanz vom Oberbürgermeister persönlich geprüft und verantwortet werden müssen.
- Die Erlanger Stadtverwaltung muss so rasch wie möglich gemeinsam mit den Flüchtlingsorganisationen und den Stadtratsfraktionen einen Handlungsrahmen für die Verwaltung zur flüchtlingsfreundlichen Auslegung von Ermessensspielräumen erarbeiten. Eine wesentliche Grundlage bildet dabei die vorbehaltlose Aufklärung der Vorwürfe gegen die Erlanger Ausländerbehörde entlang des von den Flüchtlingsorganisationen bei der Stadt vorgelegten Fragenkatalogs. Nicht die unbestrittene Frage, ob die Stadt rechtmäßig gehandelt hat, darf dabei den Ausgangspunkt bilden. Vielmehr muss überprüft werden, ob die Verwaltung ihre Ermessensspielräume zu Gunsten der Hilfesuchenden genutzt hat. Die bekannt gewordenen Fälle zeigen nämlich, dass es sich nicht um Verfehlungen eines einzelnen Mitarbeiters handelt, sondern die Ursachen in Struktur, Führung und Klima der Erlanger Ausländerbehörde liegen. Die vorgeschlagene Einbeziehung des UNHCR reicht zur Aufklärung der Vorwürfe nicht aus. Vielmehr fordern wir von der Stadtverwaltung auch die Einbeziehung des Deutschen Instituts für Menschenrechte.
- Die Stadtspitze muss umgehend Maßnahmen zur Schulung von MitarbeiterInnen in der Stadtverwaltung zur Stärkung interkultureller Kompetenzen und zur Sensibilisierung für Bedeutung und Tragweite von Menschenrechten ergreifen.

Darüber hinaus fordert die SPD Erlangen Stadtspitze und Stadtrat auf, sich auf allen Ebenen für ein humaneres Einwanderungs- und Flüchtlingsrecht einzusetzen und fordert deutlichere Schritte zur Erleichterung der Einwanderung, zur finanziellen Absicherung der kommunalen Integrationsbemühungen und zur Verbesserung des rechtlichen Status von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Flüchtlingen.

Besonders dringenden Forderungen sind für uns:

- Die Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften ist wenn möglich zu vermeiden, zumindest aber auf die kürzest mögliche Zeit zu beschränken. Die Stadt Erlangen ist aufgefordert, verstärkt die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen der GeWoBau zu ermöglichen.
- Die personelle Ausstattung in den Gemeinschaftsunterkünften, insbesondere in den Zentralen Aufnahmeeinrichtungen, ist umgehend zu verbessern. Zudem sind die Zuschüsse für die Sozialberatungen der Wohlfahrtsverbände drastisch zu erhöhen. Die Sozialberatung wird von den Kirchen und der freien Wohlfahrtspflege im Rahmen der Subsidiarität wahrgenommen. Die notwendigen Stellen werden von der Staatsregierung jedoch nur mit ca. 35 Prozent bezuschusst. Eine Erhöhung ist mehr als überfällig.
- Eine Revision der Asylzuständigkeitsregelung (DUBLIN-II-Verordnung), um allen Flüchtlingen, die in die EU kommen, Zugang zu einem fairen Asylverfahren in menschenwürdigen Lebensbedingungen zu ermöglichen.
- Die Praxis von Frontex, der seit 2004 existierenden Agentur für die operative Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen, Flüchtlinge schon vor dem Erreichen der nationalen Hoheitsgebiete „aufzubringen“ und sie damit der Chance auf ein Asylverfahren zu berauben, muss beendet werden. Menschenrechte sind universell und gelten überall, auch auf „Hoher See“.

Profitorientierten Lobbyismus kontrollieren – Demokratie stärken

Antrag an die Kreismitgliederversammlung der SPD Erlangen

Antragssteller: Jusos KV Erlangen
AdressatInnen: SPD-Unterbezirk Erlangen, SPD Mittelfranken, BayernSPD, Bundes-SPD, SPD-Bundestagsfraktion

Als Lobbyismus bezeichnet man im engeren Sinne die Einflussnahme von Interessensgruppen auf die Exekutive und Legislative. Wurde Lobbyismus in der Bonner Republik vor allem durch Gewerkschaften, Kirche und Arbeitgeberverbände ausgeübt, nimmt seit Ende der 90er Jahre der Einfluss von profitorientierten Lobbys zu.

Lobbyisten versuchen ParlamentarierInnen nicht nur durch direkte Gespräche zu beeinflussen, sondern auch durch die Übernahme von Arbeit. So lesen Lobbyisten Gesetzestexte, werten Gerichtsurteile aus, entwerfen Stellungnahmen, Broschüren und (Gegen-)Positionspapiere.

Auch der Einfluss auf die Exekutive hat in den letzten Jahren zugenommen. Mit dem Personalaustauschprogramm „Seitenwechsel“ wechselten von 2004 bis 2006 jährlich etwa 100 Mitarbeiter (sogenannte „LeihbeamtInnen“) von privaten Unternehmen wie der Deutschen Bank, BASF, Siemens und SAP für mehrere Monate in die Bundesministerien, wurden aber weiterhin von der Privatwirtschaft bezahlt. Im Gegenzug durften MinisterialbeamtInnen in die freie Wirtschaft „hineinschnuppern“. Der Bundesrechnungshof stellte allerdings schon bald fest, dass diese Maßnahme von Seiten der Privatwirtschaft dazu missbraucht wird, eigene Interessen durchzusetzen. Weiterhin monierte er, dass LeihbeamtInnen die Bundesregierung auch auf Veranstaltungen und Verhandlungen vertraten. Über 60 Prozent der Leistungsvorlagen wurden von externen Mitarbeitern erstellt, über 25 Prozent der LeihbeamtInnen waren an Vergabeverfahren öffentlicher Aufträge beteiligt, und über 20 Prozent der externen MitarbeiterInnen waren sogar in die Ausarbeitung neuer Gesetze und Verordnungen eingebunden. So wurde das „Gesetz zur Modernisierung des Investmentwesens“, das auch zur Deregulierung der Märkte beigetragen hat, im Wesentlichen von einer Juristin geschrieben, die vom Bundesverband Investment und Asset Management e.V bezahlt wurde.

Profitorientierte LobbyistInnen haben in den letzten Jahren viel zur Aushöhlung der Demokratie beigetragen. Zum Großteil vertraten bzw. vertreten deswegen Parlament und Regierung – zum Teil sicherlich auch unbeabsichtigt – die Partikularinteressen einzelner Branchen und Unternehmen, anstatt das Allgemeinwohl in den Mittelpunkt zu stellen.

Dennoch halten wir ein Verbot des Lobbyings für falsch und auch nicht mit demokratischen Prinzipien vereinbar, da jeder Bürger das Recht hat, seine Interessen zu vertreten, zumal eine Unterscheidung zwischen „gutem“ und „schlechtem“ Lobbyismus im Einzelfall nicht immer klar zu treffen ist. Aufgabe der Politik muss es deswegen sein, Lobbyismus zu kontrollieren, indem gegenüber der Öffentlichkeit die größtmögliche Transparenz hergestellt wird.

Deswegen fordern wir:

- Ein Lobbyregister: Die bisher freiwillige Verbändeliste soll durch ein verpflichtendes Lobbyregister ersetzt werden, in dem sich NGOs, Sozial-, Industrieverbände, Gewerkschaften, Beratungsunternehmen (Agenturen, Consultants), Unternehmensrepräsentanzen und Rechtsanwaltskanzleien eintragen müssen. Jeder Interessensvertreter muss den Tätigkeitszweck und seine Finanziers offen darlegen. Das Lobbyregister muss als Online-Datenbank der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.
- Eine legislative Fußspur: Zu jedem Gesetz muss ein Bericht veröffentlicht werden, in dem dokumentiert wird, wer im Verlauf der Erstellung eines Gesetzesentwurfs angehört wurde bzw. beraten hat.

Protokoll der Kreismitgliederversammlung des SPD-Kreisverbands Erlangen am 19. Januar 2012

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
Dieter Rosner begrüßt alle Anwesenden und den Referenten Marius Köstner und wünscht den Genossinnen und Genossen alles Gute für das neue Jahr. Auch kann wieder ein Neumitglied begrüßt werden.

2. Neonazi-Strukturen und Rechtsextremismus in Bayern und Mittelfranken
Nachdem Dieter Rosner eine kurze Einführung zu dem Thema gegeben hat, erfolgt der Vortrag von Marius Köstner. Der Referent geht dabei besonders auf folgende Themen ein:

- Extremismustheorie
- Inhaltliche Bestandsaufnahme
- Entwicklung neonazistischer und rechtsextremer Strukturen am Beispiel Gräfenberg
- Aktuelle Situation
- Handlungsmöglichkeiten

Anschließend wird rege diskutiert. Im Laufe der Diskussion stellt Helmut Pfister folgenden Initiativantrag (dessen Befassung von der KMV beschlossen wird): Der SPD-Parteivorstand wird von der KMV aufgefordert, den Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD mit dem VVN/BdA aufzuheben. Der Antrag wird von der KMV mit großer Mehrheit beschlossen.

3. Anträge
Es liegen keine Anträge vor.

4. Berichte
Es liegen keine Berichte vor

5. Verschiedenes

- Rolf Schowalter bedankt sich für die Unterstützung im Wahlkampf gegen G6
- DIe SPD Erlangen hat eine Seite in facebook
- 16. Februar, 18 Uhr, Hallerhof (Buckenhof): Bildungsdialog – Veranstaltung der Landtagsfraktion
- 11. Februar, 13 Uhr, Hugenottenplatz: Mahnwache der Initiative Atomausstieg jetzt zum 1. Jahrestag der Katastrophe von Fukushima
- 15. Februar, 19 Uhr, Novotel: Veranstaltung der AsJ zum muslimischen Religionsunterricht
- 14. Februar 18 bis 20 Uhr, Rathaus (14. Stock): Informationsveranstaltung zum Thema „Bewerben mit Kopftuch“

Birgit Brod

- Verbot des Einsatzes von LeihbeamtInnen: Zwar beteuerte die Bundesregierung nach der Veröffentlichung des Berichts des Bundesrechnungshofes, dass man den Einsatz von LeihbeamtInnen besser regulieren will, jedoch sehen wir nicht, wie dies möglich sein soll. Deswegen fordern wir den Verbot des Einsatzes von LeihbeamtInnen. Die MinisterInnen sollen auf die Expertise der eigenen MinisterialbeamtInnen zugreifen und im Zweifelsfall neue BeamtInnen einstellen. Auch die Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen sollte intensiviert werden.
- Regulierung der Ausgliederung von Expertisen: In den letzten Jahren kam es immer häufiger vor, dass Gesetzestexte von Anwaltskanzleien ausgearbeitet worden sind. Dieses Vorgehen muss streng reguliert und transparent gestaltet werden.
- Nebeneinkünfte von Abgeordneten auf den Cent genau angeben: Bisher müssen Bundestagsabgeordnete ihre Nebeneinkünfte lediglich in einer der drei Kategorien (über 1.000 bis 3.500 Euro, über 3.500 bis 7.000 Euro, über 7.000 Euro) angeben. Da diese Kategorien zu ungenau sind, sollen die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte auf den Cent genau angeben.
- Einschränkung von Nebentätigkeiten: Viele Abgeordnete üben schon so viele Nebentätigkeiten aus, dass sie nicht mehr genügend Zeit haben, ihre eigentlichen Aufgaben als MandatsträgerInnen zu erfüllen. Der Spielraum für die Ausübung von Nebentätigkeiten gehört deswegen stark eingeschränkt.
- Verbot der Annahme von Geschenken: Politiker müssen jeden Anschein vermeiden, für persönliche Vorteile empfänglich zu sein. Verboten werden muss daher die Annahme von Geschenken, sofern ein Bezug zum politischen Amt gegeben ist. Der Nachweis eines direkten Zusammenhangs zwischen bestimmten Entscheidungen und entsprechender Gegenleistung ist nicht erforderlich. Neben finanziellen Leistungen sind hierbei u.a. auch geldähnliche Zuwendungen, die Überlassung von Gegenständen sowie besondere Vergünstigungen bei Privatgeschäften (etwa besonders günstiger Zinssatz) einzubeziehen.
- Offenlegung aller Ämter und Mitgliedschaften: JedeR MandatsträgerIn soll dazu verpflichtet werden, ihre/seine Ämter und Mitgliedschaften offen zu legen. Als Vorbild dient hier Ulrich Kelbers Homepage, auf der zudem alle Kontakte mit Lobbyisten aufgeführt werden (http://www.ulrich-kelber.de/glaesernermdb/index.html).
- Mehr Spielraum für Parlamentarier: Abgeordnete haben oftmals keine Zeit, alle Daten und Zahlen sorgfältig zu recherchieren und gründlich zu hinterfragen. Deshalb muss das zweckgebundene Budget für Mitarbeiter erhöht werden.
- Transparente Gestaltung des Sponsorings: Es ist mittlerweile üblich, Flächen auf Parteitagen an Unternehmen und Verbände zu vermieten. Die erhaltenen Gelder sind klar als Spenden zu interpretieren, da die Standgebühren wesentlich höher sind als bei vergleichbaren Messen, und entsprechend zu veröffentlichen.

Krötenwanderung jetzt! – Bank wechseln, Politik verändern!

Aktion und Veranstaltung von Attac Erlangen

Rund drei Jahre nach der Lehman-Pleite und den Milliarden-Rettungspaketen für die Banken fällt die Bilanz der politischen Krisenbekämpfung vernichtend aus: Die Banken zocken weiter wie bisher.

Die ganz Großen sind noch größer geworden: Die Deutsche Bank verleibte sich die Postbank ein, die Commerzbank fusionierte mit der Dresdner Bank. Zugleich wurden weder die Ratingagenturen gebändigt, noch die Hedgefonds entwaffnet oder die Schattenfinanzplätze abgeschafft. Immer noch darf mit Agrarrohstoffen spekuliert werden, trotz Hungertod und -aufständen in armen Ländern. Weltweit unterstützen deutsche Banken die Rüstungs- und Atomindustrie. Und die Politik lässt all dies geschehen – wird sie doch von der Finanzlobby massiv beeinflusst.

Attac ruft jetzt zum Bankwechsel und zur politischen Einmischung auf. Denn jedeR kann was verändern: Bei sich im Kleinen und gemeinsam im Großen:

- Großbanken schrumpfen!
- Finanzmärkte entwaffnen!
- Banken zur Kasse, aber richtig!

Gründe für den Wechsel

Auf unsere Kosten gerettet

Die Commerzbank und etliche Landesbanken wurden mit Steuermilliarden gerettet. Die Mütter von Hypovereinsbank (Unicredit, Italien) und ING-Diba (ING Groep, Niederlande) mussten in ihren Heimatländern Hilfsgelder beantragen. Die Postbank bestand 2009 nur knapp den Banken-Stresstest, die Deutsche Bank brüstet sich zwar damit, unter keinen Rettungsschirm geflüchtet zu sein, hat aber indirekt 11,8 Milliarden Dollar bei der AIG-Rettung in den USA kassiert und in Deutschland auch mit Milliarden von der IKB- und HRE-Rettung profitiert. Stabil blieben in der Krise die lokalen Sparkassen und Genossenschaftsbanken sowie die Alternativbanken (Umwelt Bank, Ethik Bank, GLS Bank und Triodos Bank).

Geschäfte im Dunkeln

Die Auswertung der Geschäftsberichte ergab: Fast alle Banken unterhalten zahlreiche Zweckgesellschaften, haben Tochter- und verbundene Unternehmen in sogenannten Schattenfinanzplätzen oder „Steueroasen“. Nach den Kriterien des Netzwerks Steuergerechtigkeit führen Delaware in den USA, Luxemburg, die Schweiz und die Cayman Islands die schwarze Liste an. Allein dem deutschen Fiskus entgehen durch die Steuerfluchtplätze jährlich je nach Schätzung 30 bis 100 Milliarden Euro. Die schwache Regulierung in diesem Bereich ermöglicht

zudem besonders gefährliche Finanztransaktionen.

Die Deutsche Bank betreibt mehr solcher Niederlassungen in Delaware (USA) als in ganz Deutschland, und auf den Cayman Islands immer noch mehr als am Konzernsitz Frankfurt am Main.

Geschäfte mit dem Hunger

2008 bekamen viele Menschen weltweit die Auswirkungen der – auch aufgrund der Immobilienkrise – verschärften Spekulation mit Agrarrohstoffen zu spüren. Die Preise für Grundnahrungsmittel gingen durch die Decke, in 30 Ländern kam es zu Hungeraufständen.

Obwohl der Preisanstieg auf mehrere Gründe zurückzuführen ist, sind Maß und Plötzlichkeit nur durch die massiven Preiswetten an den Finanzmärkten zu erklären. Zaghaft hat in der Politik eine Diskussion über eine nötige Regulierung begonnen. Dies kümmert viele Banken aber wenig. Commerzbank und Hypovereinsbank, Deutsche Bank und die Landesbank Baden-Württemberg, die DZ-Bank der Volksbanken sowie die Dekabank der Sparkassen bieten Wetten auf Nahrungsmittel-Preisentwicklungen an. Die Deutsche Bank ließ 2008 sogar Postkarten auf Brötchentüten kleben, mit denen sie für einen ihrer Agrarfonds warb. Etliche Banken bemühen sich weiterhin, vor allem institutionellen Anlegern diese Spekulationspapiere anzubieten.

Tödliche Investitionen

Die NGO Urgewald hat in mehreren Studien nachgewiesen, welche Banken Geschäfte mit der Atom- und Rüstungsindustrie machen. Das bittere Ergebnis: Fast alle.

Der japanische Betreiber des AKW Fukushima, Tepco, konnte trotz seiner schon 2002 bekannten groben Verstöße gegen Sicherheitsauflagen auf Finanzierungen von Deutscher Bank, West-LB und der niederländischen ING bauen. Milliardenschwer sind die Atominvestitionen von Deutscher Bank und Commerzbank, aber auch die Unicredit und etliche Landesbanken sowie die DZ-Bankengruppe der Volksbanken sind im Strahlengeschäft.

Die Rüstungsindustrie kann ebenfalls auf Geld deutscher Banken setzen – und das selbst dort noch, wo internationale Ächtungen ausgesprochen wurden, wie bei der Streubombenmunition.

Wie Banken Politik beeinflussen

Wer die Bankenlobby einmal in Aktion erlebte, wundert sich nicht, warum die längst überfälligen politischen Regulierungen nicht voran kommen. Die Aktivitäten sind vielfältig und beziehen sich nicht nur auf typische Bankenfragen: Die Commerzbank gründete den Förderkreis Deutsches Heer, die Deutsche Bank unterzeichnete im Herbst 2010 den „energiepolitischen Appell" für mehr Atomkraft. Seit vielen Jahren gibt es einen regen Austausch zwischen Politik und Banken. Auch hier ist die Rekordhalterin die Deutsche Bank, die 2008 den damaligen Chef der Bankenaufsicht Bafin, Helmut Bauer, einkaufte und 2006 den ehemaligen Finanzstaatssekretär Caio Koch-Weser.

2010 riefen 22 Abgeordnete verschiedener Fraktionen des EU-Parlamentes um Hilfe, weil sie sich bei ihren Regulierungs-Bemühungen massiven Lobby-Attacken ausgesetzt sahen.

Nicht mit Deinem Geld? Lass Deine Kröten wandern!

Bessere Banken sind möglich!

Dafür braucht es andere politische Rahmenbedingungen: Schattenfinanzplätze müssen geschlossen, Großbanken zerlegt und besonders schädliche Finanzpraktiken verboten werden. Doch schon heute gibt es einige Banken, deren Geschäftsmodell Perspektiven aufzeigt. Wir können den Wechsel zu einer der vier konsequentesten ethischen Banken empfehlen – und die kritische Auseinandersetzung mit Sparkassen und Genossenschaftsbanken vor Ort. Wir schlagen den Umzug sowohl von Sparanlagen als auch von Girokonten vor.

GLS-Bank, EthikBank, UmweltBank und Triodos Bank

Die ethischen Banken haben es sich zum Prinzip gemacht, ihre Finanzierungen offen zu legen. Sie arbeiten mit Ausschluss-Kriterien, die etwa die Zusammenarbeit mit Rüstungs- und Atomindustrie, mit Firmen, die Kinderarbeit in Kauf nehmen und etlichen anderen ausschließen. Sie fördern gezielt zukunftsfähige Projekte, wie ökologische Landwirtschaft oder regenerative Energien. Und sie haben die Krise unbeschadet überstanden.

Zwei der vier (GLS-Bank und EthikBank) bieten ein Girokonto an und ermöglichen kostenloses Geldabheben an den Geldautomaten aller Volks- und Raiffeisenbanken. Ab Ende 2012 will auch die Triodos Bank Girokonten im Angebot haben.

Für uns ein Thema: Sparkassen und Genossenschaftsbanken

Etliche Menschen möchten oder können nicht auf eine lokale Bank verzichten. Sie haben eine Chance: Die Geschäftsmodelle von Sparkassen und Genossenschaftsbanken unterscheiden sich von denen der großen Aktiengesellschaften.

Einladungen des Bund Naturschutz

Vortrag: Das Plusenergiehaus – Baustandard für die Energiewende

Bereits in wenigen Jahren wird der Gesetzgeber den „Netto-Nullenergiestandard" im Neubau verlangen.

In diesem Vortrag wird an einem gerade realisierten Erlanger Projekt gezeigt, wie der Heizenergie- und Strombedarf so weit reduziert werden kann, dass eine am Haus montierte Photovoltaikanlage sogar einen Energieüberschuss in der Jahresbilanz bringt.

Die nächste Neubausiedlung in Erlangen könnte diesem Beispiel folgen und so die erste Plusenergiesiedlung Bayerns werden.

Referent: Prof. Martin Hundhausen
Termin: Do. 8. März 2012, 19:30 Uhr
Ort: VHS Erlangen, Friedrichstr. 19, Historischer Saal

Vortrag: Smart Meter, der intelligente Stromzähler

Diese neuen Stromzähler eröffnen im Haushalt neue Möglichkeiten der Optimierung des Stromverbrauchs durch exakte Erfassung der einzelnen Verbraucher und bilden die Basis zur zukünftigen engen Vernetzung zu den Stromlieferanten.

Funktion, gesetzliche Vorgaben, offene Fragen und Ausblicke werden dargestellt.

Referentin: Ulrike Bertels, ESTW, Zähler- und Netzanschlusswesen - NZ
Termin: Mo. 7. Mai 2012, 19:30 Uhr
Ort: VHS Erlangen, Friedrichstr. 19, Historischer Saal

Die (allermeisten) Sparkassen sind Einrichtungen öffentlichen Rechts und sollen zum Wohle ihrer Stadt arbeiten, die Genossenschaftsbanken sind durch ihre Mitglieder vor Ort mit gestaltbar. Beide Bankenformen bewiesen ihre Stabilität in der Finanzkrise.

Banken und Kreditinstitute in Erlangen – wo kann/will unser Geld überhaupt noch hin?

Vor Ort unterscheiden sich die Institute sehr, weshalb Attac einen kritischen Fragebogen erstellt hat: Wie investiert die lokale Bank? Nimmt sie Einfluss auf die Dachverbandsbanken? Wie hält sie es mit der Transparenz?

Die Attac-Regionalgruppe Erlangen hat an alle Banken in Erlangen geschrieben (13 Adressen, von Deutscher Bank über Sparkasse bis zur Evenord-Bank) und um ein Gespräch gebeten. Bisher haben 4 Banken geantwortet, und wir werden im Februar dort mit unseren Fragen hoffentlich Antworten erhalten!

Uns interessieren vor allem folgende Bereiche, zu denen wir uns detaillierte Fragen überlegt haben:

- regionale Verwurzelung der Bank
- Kreditvergabepraxis
- Kundenspektrum
- Stellung der Arbeitnehmer im Institut
- Kapitalbeschaffung und Kapitalinvestitionen der Bank
- Auswahl und Umgang mit Lieferanten
- Gemeinwohlorientierung

Die Ergebnisse der Gespräche wollen wir am Mittwoch den 28. März in der Volkshochschule vorstellen.

An diesem Abend kommt auch Herr Günter Grzega zu uns, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank München und Vorstandsvorsitzender des Institutes für gemeinwohlorientierte Politikberatung in Bonn. Herr Grzega plädiert für eine Wirtschaft basierend auf Werten und nicht auf schnellem Profit.

„Seine“ Sparda-Bank München eG hat 2011 wirtschaftliches Neuland betreten und gehört zu den neun Pionierunternehmen in Deutschland, die sich der Initiative „Gemeinwohl-Ökonomie"“angeschlossen haben.

Dabei liegt der Fokus nicht auf monetärem Profit und Gewinn, sondern auf dem Engagement und den Investitionen für Mitarbeiter, Gesellschaft und Umwelt. Die Vision ist ein alternatives Wirtschaftssystem, das auf gemeinwohlfördernden Faktoren aufgebaut ist. Menschenwürde, Solidarität, Kooperation, Vertrauensbildung, Verantwortung und Mitgefühl sollen dabei die zentralen Werte des Wirtschaftens bilden.

Mittwoch, 28. März, 19.30 Uhr „Bankenwechsel als ein Weg zu einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft“ Historischer Saal der VHS

mit Günter Grzega, Vorstandsvorsitzender des Instituts für gemeinwohlorientierte Politikberatung, Bonn und Vorstandsvorsitzender a.D. der Sparda Bank München.

Rund drei Jahre nach der Lehman-Pleite und den Milliarden-Rettungspaketen für die Banken fällt die Bilanz der politischen Krisenbekämpfung vernichtend aus: Die Banken zocken weiter wie bisher. Doch immer mehr Menschen zweifeln am reinen Wachstumsdenken in Gesellschaft und Finanzmarkt und fragen nach Alternativen zu diesem Bankensystem. Wie könnte eine demokratisch strukturierte und geführte Bank aussehen?

In Kooperation mit Attac Erlangen und der Volkshochschule

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
in der Jahreshauptversammlung des Distrikts Anger-Bruck am 29. Februar habe ich das Amt des Distriktvorsitzenden abgegeben. Der Grund dafür liegt in einem voraussichtlich stärkeren Engagement auf einem anderen Betätigungsfeld, für das ich mich an der Stelle des Distriktvorsitzenden zurücknehmen muss. Näheres erkläre ich gerne Jeder bzw. Jedem von Euch persönlich.

Ich bedanke mich bei Euch Allen für die Unterstützung und konstruktive Zusammenarbeit, die ich erfahren durfte. Ich bin zuversichtlich, dass dieses Potential unter dem neuen Distriktvorsitz weiter ausgebaut werden wird.

Freundschaftliche Grüße

(Gerd Worm)

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 20. März, 19 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
wir treffen uns das nächste Mal am

20. März um 20 Uhr im Nebenraum der „Kulisse“, Theaterstraße

Diesmal wollen wir uns zunächst schwerpunktmäßig mit dem dritten Kapitel der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gleichstellungspolitik kontrovers“ beschäftigen.

Wer die Studie bzw. die Argumentationshilfe noch nicht hat, kann sie ganz leicht im Internet finden. Ich werde sie aber einige Tage vor der Sitzung auch noch per E-Mail verschicken. (Der E-Mail-Verteiler wird momentan aktualisiert. Wer bisher keine Mails bekommen hat und gerne in den Distriktsverteiler aufgenommen werden möchte, der melde sich einfach bei mir – am besten per E-Mail.)

Bei den Distriktsterminen für das kommende Halbjahr hat sich übrigens eine Änderung ergeben: Im Juni treffen wir uns am 12. (und nicht am 5.).

Wir freuen uns wieder auf zahlreichen Besuch!

Für den Vorstand,
Dr. Michael Zimmermann

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 21. März um 20 Uhr in der Begegnungsstätte der AWO Ost (Drausnickstraße 82)

Durch den Wegzug unseres Kassierers Heiko Kremer und unserer Revisorin Monika Wendler werden Nachwahlen für wichtige Funktionen in unserem Distrikt notwendig. Wir hoffen deshalb besonders auf Euer Erscheinen und Eure Unterstützung!

Vorläufige Tagesordnung
TOP 1 Rechenschaftsbericht
TOP 2 Nachwahlen
- eines Kassiers/ einer Kassierin
- eines Schriftführers/ einer Schriftführerin
- eines Revisors/ einer Revisorin
- der DistriktsvertreterInnen im SPD-Kreisvorstand

TOP 3 Anträge
TOP 4 Weitere Arbeitsplanung
TOP 5 Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Kurzbericht zur Sitzung am 8. Februar

Alle am Thema Stadt-Umland-Bahn interessierten GenossInnen, die beim Referat von Felizitas Traub-Eichhorn nicht anwesend sein konnten, können sich im Ratsinformationssystem auf den aktuellen Stand bringen unter http://ratsinfo.erlangen.de/bi/vo0050.php?__kvonr=2122945&search=1 . Weitere Themen, an denen wir in Sachen ÖPNV im Stadtteil am Ball bleiben wollen, ist die Anbindung des Wohngebiets Röthelheimpark an den Busverkehr sowie die Ausstattung von teils nicht überdachten Bushaltestellen mit Wartehäuschen.

Innerparteiliche Demokratie und Meinungsvielfalt stärken!

Antrag an die Distrikts-JHV

Antragsteller: Christofer Zwanzig
Adressat: SPD-Kreismitgliederversammlung mit der Bitte um Weiterleitung an den SPD-UB, Landes- und Bundesparteitag

Antrag:
Der § 19 des Organisationsstatuts der SPD (Zusammensetzung der Antragskommission) wird um eine konkrete Aufgabenbeschreibung ergänzt:

„Der Antragskommission obliegt die Aufgabe, die eingereichten Anträge auf inhaltlich übereinstimmende, ergänzende und kontroverse Positionen hin zu sichten und diese für die Abstimmung auf dem Parteitag vorzubereiten. Abstimmungsempfehlungen der Antragskommission werden den Delegierten schriftlich zur Kenntnis gegeben, aber nicht zur Abstimmung gestellt. Änderungsvorschläge der Antragskommission werden als Änderungsanträge behandelt."

Begründung:
Eine Reform der Antragskommission dient zur Weiterentwicklung der vom SPD-Bundesparteitag 2011 im „Organisationspolitischen Grundsatzprogramm" beschlossenen Bemühungen um eine verbesserte Mitgliederbeteiligung. In zahlreichen Parteiunterglieder-ungen werden im intensiven Austausch mit BürgerInnen, Initiativen und Verbänden Anträge zu zentralen Themen erarbeitet. Die Vielfalt der dabei erarbeiteten Positionen zeigt, dass die SPD eine lebendige linke Volkspartei ist. Das bisherige Verfahren der Antragskommission auf Bundesparteitagen spiegelt diese Vielfalt jedoch nicht wider: Durch die Empfehlungen der Antragskommission werden kontroverse Positionen häufig nicht zur Diskussion und Abstimmung gestellt. Durch die vorgeschlagene Reform wird der Antragskommission eine zentrale Rolle zukommen, die SPD wieder als Partei erlebbar zu machen, die auf ihren Parteitagen um wichtige gesellschaftliche Fragen ringt.

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
leider hat das Wetter die Genossen davon abgehalten, zur Distriktversammlung zu kommen.

Deswegen konnten die im Januar angesprochenen und zur Debatte stehenden Themen nicht bearbeitet werden.

Diese werden wir in unserer

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 14. März, 20 Uhr im Biergarten am Röthelheim

diskutieren. Dazu laden wir herzlich ein.

Desweiteren steht folgendes auf der **Tagesordnung**:

- Rechenschaftsbericht, Kassenbericht, Bericht der Revisoren
- Planung für 2012

Wir würden uns über zahlreiches Erscheinen freuen.

Für den Vorstand
Brigitte Rohr

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen am Dienstag, 13. März, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

1. Aktuelles (Berichte über Vilshofen, über Treffen mit Fraktion)
2. Rückblick auf Ortsbeiratssitzung (Jugendclub, Rodelhügel, Turnhalle, Mensa etc.)
3. Bericht des Vorstandes 2011/12
4. Entlastungen
5. Neuwahlen
6. Vorbereitung der Bürgerversammlung 17. April
7. TB Ende März/ Anfang April
8. Planungen für 2012 (u.a. Blog etc.)
9. Verschiedenes

Nächste Distriktversammlung evtl. am 10. April, da am ursprünglich vorgesehenen Termin 17. April die Bürgerversammlung stattfindet.

Distriktversammlung im Mai: 8. Mai

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 14. Februar

1. Aktuelles

Der Jahresempfang des Ortsbeirats am 16. Januar im Fraunhofer IIS wurde als Erfolg angesehen. Die Lokalität war hervorragend, die Vorstellung des Institutsvorstands sehr interessant und auch die Rede der Bürgermeisterin Frau Asmus empfanden viele wohltuend ausgewogen im Vergleich zu früheren Darbietungen des OB. Den Erlanger Nachrichten wurde auch Beifall gezollt, dass sie anstelle eines unsäglich „gestellten Politiker-Bildes“ ihren Artikel zu dem Empfang mit einem Bild der katholischen Kindergartengruppe schmückten, die den Empfang mit Liedern umrahmte und gleichzeitig für Spenden zur Renovierung des Kindergartens bat.

Am 17. April ist in Tennenlohe eine Bürgerversammlung geplant.

2. Kassenbericht

Der Kassier Gert Büttner gab den Kassenbericht ab. Die Einnahme im letzten Jahr deckten exakt die Ausgaben. In diesem Jahr soll versucht werden, ein kleines finanzielles Wahlkampfbudget für 2013 und 2014 aufzubauen. Dazu wird versucht, die Druckkosten des TB zu reduzieren und vermehrt Spenden und Mitglieder einzuwerben.

3. Entlastung der Kassenführung

Die Kassenprüfer Adolf Most und Heidrun Schröder bestätigen in ihrem Kassenbericht die akkurate und übersichtliche Kassenführung und bitten um die Entlastung des Kassiers. Die Kassenführung wird von den Anwesenden einstimmig bei einer Enthaltung entlastet. Es sind 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Der Antrag des Schriftführers, beim Kreisverband für 2012 erneut einen Zuschuss für den TB zu beantragen, wird einstimmig unterstützt.

4. Bericht von der SPD-Veranstaltung „Interaktiv – SPD im Netz“

Gertrud Reich-Schowalter berichtet von der Veranstaltung „Interaktiv – SPD im Netz“. Die Veranstaltung, die von der bayerischen Generalsekretärin geleitete wurde, war sehr informativ und erbrachte viele Anregungen für die zukünftige Arbeit im Ortsverband. Wichtig waren vor allem auch die Regeln und Verhaltensweisen für die Präsentation im Netz – sowohl aus rechtlichen als auch aus praktischen Gesichtspunkten.

5. SPD Tennenlohe präsentiert sich in „Alles Nah – Alles Da“

Rolf Schowalter zeigt einen Entwurf für eine vierspaltige Präsentation des Distrikts in der von Hermann Krahl für Tennenlohe geplanten Werbebroschüre, die an alle Haushalte verteilt werden soll. Unter dem Titel „Alles Da – Alles Nah“ sollen sowohl gewerbliche als auch ehrenamtliche Anbieter in Tennenlohe in einer Hochglanzbroschüre zusammengefasst werden. Für gewerbliche Anbieter sollen die Teilnahmekosten bei 250 Euro liegen, nichtgewerbliche und soziale Einrichtungen sollen deutlich weniger bis gar nichts zahlen. Die SPD Tennenlohe ist bereit, maximal 50 Euro für den Eintrag zu zahlen.

6. Tennenloher Bote

Der nächste Tennenloher Bote ist für Ende März geplant.

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch herzlich einladen zu unserer Distriktsversammlung am

Mittwoch, 21. März um 20 Uhr im Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein).

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:
1. Aktuelles
2. Berichte aus Fraktion, Kreisvorstand und Ortsbeirat
3. Zur aktuellen Diskussion über Stadt-Umland-Bahn und ÖPNV aus der Sicht des Stadtwestens, insbesondere auch Verbindung Herzogenaurach / Stadt Erlangen
4. Verschiedenes

Wir hoffen aus Euren Besuch!

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

Protokoll der Jahreshauptversammlung am 15. Februar

1. Aktuelles: Sprungbecken im Freibad West
Die Vertreterinnen und der Vertreter der Sprungturm-Inititative fragten nach dem derzeitigen Stand der Sanierungen, da der Sprungturm bereits das zweite Jahr nicht benutzt werden konnte.

Norbert Schulz teilte als aktuellen Stand folgendes mit: Der Sprungturm wurde vom Gesundheitsamt gesperrt, weil Legionellen gefunden wurden. Deshalb muß erst eine neue Wasseraufbereitungstechnik realisiert werden.

Alternativ zum Freibad West steht die Instandsetzung des Frankenhofs an. Es gibt 3 Möglichkeiten: 1. Das Frankenhof zu schließen. 2. Das Frankenhof zu überholen, zuerst das Dach, danach die Becken. 3. Das Freibad West mit Hallenbad. Der Sprungturm könnte an das Becken nach unten verlegt und das Hallenbad nach dem Eingang auf der oberen Plattform gebaut werden. Der Stadtrat wird am 16. Februar entscheiden, ob der bereits vorgesehene Betrag von 300.000 Euro für die Planung des West-Bades freigegeben werden kann (*Anmerkung: Er stimmte zu*).

Die gesunkene Besucherzahl ist nicht nur auf den geschlossenen Sprungturm zurückzuführen. Gegenüber den neuen Sanitärräumen im Röthelheim-Bad mit der Stockbauer-Halle hat das Freibad West veraltete Duschen und Toiletten, die dringend erneuert werden müßten.

Felizitas Traub-Eichhorn merkte an, dass durch den Sanierungsbedarf des Frankenhofes voraussichtlich neu überlegt wird, welche Hallenbäder sein sollten. Das Hallenbad Frankenhof bietet auch Schwimmkurse und ist der Trainungsort für die Wasserwacht.

Der Distrikt wird am Thema dran bleiben.

2. Rechenschaftsbericht 2011/2012 und Neuwahl des Vorstands
Die Zahl der Mitglieder stieg an: Ende 2010 waren es 125 (davon 49 Genossinnen) und Ende 2011 132 (davon 53 Genossinnen).

Distriktsversammlungen fanden seit der letzten Jahreshauptversammlung im Februar 2011 (13 Besucher) zu folgenden Themen statt:
- Halbzeitbilanz der Weststadträte (6 Anwesende)
- Diskussion mit Florian Janik über Konzepte und Strategien der Stadtratsfraktion (13 Anwesende)
- Euro-Krise und Zukunft der europäischen Integration (11 Anwesende)
- Energiewende in Deutschland (13 Anwesende)
- Namensgebungen von Straßen im Sadtwesten und Gewerbegebiet G6 (18 Anwesende)
- Sportstätten im Stadtwesten (13 Anwesende)
- Bedeutung der Kandidatur von Christian Ude (16 Anwesende)
- Kommunale Bildungspolitik (11 Anwesende)
- Jahresschlussessen (16 Anwesende)

Insgesamt war die Beteiligung etwas höher als im vorherigen Berichtszeitraum: durchschnittlich statt 12 wieder 13 Anwesende

Eine weitere Ausgabe des Westboten konnte um die Jahreswende 2011/12 erscheinen.

Der Kassier Philipp Dees verlas den Kassenbericht und erläuterte die verschiedenen Posten.

Die Revisoren Ursula Rechtenbacher und Winfried Stein bestätigten die ordnungsgemäße Kassenführung.

Die Entlastungen des Vorstandes erfolgten einstimmig.

Gerd Peters wurde in Abwesenheit ausdrücklich für die stets zuvorkom-

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

mende Arbeit im abgelaufenen Jahr gedankt, obwohl er eine schwierige persönliche Situation zu meistern hatte.

3. Neuwahl des Vorstandes:
Die Durchführung der Neuwahl übernahm Willi Gehr.

Gerd Peters hat vorab zugesagt, sich wieder als Vorsitzender zur Verfügung zu stellen. Auch die anderen Mitglieder des Vorstandes stellten sich wieder zur Wahl. Die Beisitzer wurden um eine Person (Heidrun Meier)erweitert.

Der Vorstand setzt sich nun wie folgt zusammen: Gerd Peters (Vorsitzender), Lena Zoglauer (stellvertr. Vorsitzende), Philipp Dees (Kassier), Beisitzer: Sören Brandmäh-Kraus, Hans Buerhop, Dirk Goldenstein, Walter Lang und Heidrun Meier.

Die Revisioren Ursula Rechtenbacher und Winfried Stein stellten sich wieder zur Wahl und wurden einstimmig bestätigt.

4. Themenvorschläge für das Jahr 2012:
Diskutiert wurden folgende Themen: Neubaugebiet West unter energetischen Gesichtpunkten, StUB und ÖPNV, Nahverkehrstarif ab 2013 , Flughafen/Drehkreuz Nürnberg, aber auch Fluglärm, Tourismuserschließung der Metropolregion Nürnberg, Bevölkerungsentwicklung und Infrastruktur im Westen, Handballhalle, Vorbereitung der Kommunalwahl, Carsharing in Erlangen, SPD vor Ort.

Als Thema für die Distriktversammlung im März wurde das Thema StUB und ÖPNV vorgeschlagen.

5. Bericht aus Kreisverband, Fraktion und Ortsbeirat
Philipp Dees erläuterte die Arbeit des Kreisverbandes, die vor allem im geschäftsführenden Kreisvorstand stattfindet. Die Beteiligung der Distrikte im Kreisvorstand ist nicht kontinuierlich gut.

In der Stadtratsfraktion ist durch den Ausstritt von Jürgen Belz nun Jose Ortega, ebenfalls aus dem Stadtwesten, nachgerückt. Über den Ortsbeirat berichtete Hans Buerhop.

gez. Zoglauer

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
hartmut.wiechert@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 21. März, 15 Uhr im August-Bebel-Haus

Tagesordnung:
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Bürgerversicherung
5. Verschiedenes

Hauptthema unseres nächsten Treffens ist die Bürgerversicherung. Armin und Wolfgang werden die Positionen von SPD und Grünen zur Bürgerversicherung vergleichend darstellen.

Ich grüße im Namen des Vorstands.
Hartmut Wiechert

Protokoll der Jahreshauptversammlung vom 15. Februar

TOP 1: Begrüßung und Genehmigung des Protokolls
Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden. Tagesordnung und Protokoll vom 26. Januar 2012 werden genehmigt

TOP 2: Aktuelles
Wir erhalten Information über die Bereitstellung von Mitteln zum Umbau einer Wohngemeinschaft im bestehendem Altenheim (Marienhospital), seitens der Stadt Erlangen. Außerdem erfahren wir, dass die Bundesmittel zum Umbau altengerechter, Barriere freier Wohnungen gestrichen worden sind. Zudem ist die Tagesklinik am Bezirksklinikum aufgelöst worden. Der Seniorenbeirat der Stadt Erlangen ist bereits tätig geworden und verfasst einen Protestbrief an das zuständige Ministerium, dem sich die AG 60plus anschließen wird.

TOP 3: Wahl einer Versammlungsleitung
Helga Steeger stellt sich als Wahlleiterin zur Verfügung und wird einstimmig gewählt.

TOP 4: Rechenschaftsbericht
Der Vorsitzende verliest den Rechenschaftsbericht von 2012 und weist auf die seit Jahren bestehende Schwierigkeit hin, Mitstreiter für die AG 60 plus zu finden. Der Rechenschaftsbericht wird dem Protokoll beigefügt.

TOP 5: Entlastung des Vorstands
Helga Steeger beantragt die Entlastung des Vorstands, der einstimmig entlastet wird.

TOP 6: Neuwahl von Vorstand und zwei Vertretern/innen im Kreisvorstand

Wahl des Vorsitzenden
Hartmut Wiechert stellt sich als 1. Vorsitzender zur Verfügung. Einen Gegenkandidaten gibt es nicht. Er wird in geheimer Abstimmung einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an.

Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
Es werden die zwei Stellvertreter gewählt:
- Helmut Aichele
- Armin Braun

jeweils mit fünf Ja Stimmen und einer Enthaltung.

Wahl der Schriftführerin
Zur Schriftführerin wird Ruth Sych und als Vertreter Wolfgang Schwerna, mit jeweils fünf Ja-Stimmen und einer Enthaltung gewählt.

Vertretung von 60plus in GKV und KV
In den geschäftsführenden Vorstand (GKV) wurde einstimmig Hartmut Wiechert gewählt. In den Kreisvorstand einstimmig Hartmut Wiechert und Armin Braun.

TOP 7: Arbeitsplanung 2012
Für das kommende Jahr soll der Schwerpunkt auf Themen wie Einkommensverteilung, Soziale Gerechtigkeit und Absicherung im Alter gelegt werden. Außerdem soll eine öffentliche Veranstaltung geplant werden. Thema des nächsten Treffen ist die Bürgerversicherung aus Sicht von SPD und Grünen. Armin und Wolfgang werden die Positionen der verschiedenen Parteien zur Bürgerversicherung vergleichen.

Nächster Termin für die AG 60plus ist der 21. März 2012 um 15 Uhr im August-Bebel-Haus.

Ruth Sych

Bericht der AG 60plus des Kreisverbands für 2011

Der Rechenschaftsbericht geht vom 1. Februar bis 31. Januar 2012.

Die AG 60plus Erlangen ist ein stabiler kleiner Kreis der regelmäßig Veranstaltungen durchführt, in KV und GKV mit Sitz und Stimme vertreten ist und die Aktivitäten von 60plus im jedem Monatsspiegel dokumentiert. Unsere Veranstaltungen waren mit durchschnittlich sechs bis acht Teilnehmern besucht das sind durchschnittlich zwei weniger als im letzten Jahr. Neben 1 Vorstandssitzung fanden 10 Treffen der AG im ABH und ein Tag mit 60plus Jena statt:

- 02/2011: Jahreshauptversammlung
- 03/2011: Manfred Kirscher „Frieden für Afghanistan“
- 04/2011: Abstimmungsverhalten unser MdBs zu Afghanistan
- 05/2011: Auslegungserdbeben und die Sicherheit von Atomkraftwerken
- 06/2011: Besuch der 60plus-Genossen in Jena
- 07/2011: Auswertung des Jena-Besuchs vom 08. Juni 2011
- 09/2011: Gewerbegebiet G6 Tennenlohe: Rolf Schowalter informiert über die aktuelle Situation
- 10/2011: Darstellung von 60plus in der Öffentlichkeit
- 11/2011: Jahresschwerpunkt des Kreisverbands „Wo bleibt die Gerechtigkeit?“
- 12/2011: Bei Glühwein und Plätzchen Rückblick auf das Jahr 2011 .
- 01/2012: Eurokrise und kein Ende. Wolfgang Schwerna zeigte das vergebliche Bemühen der Regierung die Krise in den Griff zu kriegen.

Unser schönstes und größtes Erlebnis war der Besuch aus Jena. Schon zum siebten Mal trafen sich zu regem Gedankenaustausch und zur Festigung einer Städtepartnerschaft, die vor 25 Jahren begann, eine Gruppe Jenaer SPD-60plus-Mitglieder und Sympathisanten. Das Besuchsprogramm umfasste das renovierte Palais Stutterheim, das Kunst-Palais, das Haus der Gesundheit Dreycedern, eine politische Diskussion zur Gründung der Städtepartnerschaft, ein Besuch des Markgrafentheaters und zum Ausklang ein gemütliches Beisammensein im Steinbach-Bräu.

Verschiedene von 60plus diskutierte und erarbeitete Themen, wie Gesund-

heit und Wohnen sowie der demografische Wandel, sind in den Leitantrag der SPD beim Bundesparteitag eingegangen. Ferner wurde intensiv über folgende Themen diskutiert: Altersarmut, bedingungsloses Grundeinkommen, wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis und Bürgerversicherung. Einen großen Teil der Diskussion nahm auch die Kommentierung der „Zwickauer Zelle ein". Unverständlich ist, wie mit dieser braunen Gefahr seitens des Verfassungs-schutzes umgegangen worden ist.

Die im letzten Rechenschaftsbericht genannten Ziele: Verbesserter Auftritt im Internet und verstärkte Präsenz in der Presse wurde mit 12 Mitteilungen in der Presse und 7 Internetauftritten knapp erfüllt.

Eine Arbeitsgemeinschaft ist nicht eine Person und ist nicht nur der Vorstand. Sie braucht Genossinnen und Genossen, die die Arbeit mitgestalten und mit tragen. Unser Anteil an der Bevölkerung wird größer und die Themenbereiche vielfältiger. Wir brauchen aktive 60plus-Genossinnen und -Genossen! Deshalb herzliche Einladung für die Veranstaltungen in diesem Jahr.

Hartmut Wiechert

AsF

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin
  scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
  Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
  Telefon: 55939
  Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
  Telefon: 23435
- Barbara Pfister
  Telefon: 502481
  barbara.pfister@fen-net.de

Jahreshauptversammlung verschoben!

Liebe Genossinnen,
wegen zu geringer Beteiligung am 1. Februar haben wir die AsF-Jahreshauptversammlung verschoben. Neuer Termin ist Mittwoch, 18. April. Über viele, viele anwesende Genossinnen würden wir uns sehr freuen!!!

Wir laden daher herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung der AsF
am Mittwoch, 18. April, 20 Uhr
im August-Bebel-Haus

Vorläufige Tagesordnung:

1. Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht Diskussion
2. Entlastung des Vorstands
3. Neuwahl des Vorstands
   a) Festlegung der Anzahl der Vorstandsmitglieder
   b) Wahl des Vorstands
4. Personalvorschläge
   a) 2 Vertreterinnen im KV (stimmberechtigt)
   b) 1 Vertreterin im GKV (nicht stimmberechtigt)
5. Weitere Aufgabenverteilung (u.a. Frauengruppentreffen, Archiv)
6. Arbeitsplanung für 2012
7. Termine
8. Sonstiges

Für den Vorstand
Hildegard Gröger

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
am

Montag, 5. März, 20:15 Uhr, August-Bebel-Haus

findet eine Sitzung des Juso-Unterbezirks statt.

Am

Montag, 19. März, 20:15 Uhr, August-Bebel-Haus

und am

Montag, 16. April, 20:15 Uhr, August-Bebel-Haus

findet eine Sitzung des Kreisverbandes statt. Wir werden uns weiterhin mit der Wirtschaftspolitik und der Lesben- und Schwulenpolitik beschäftigen.

Rote Grüße
Munib

Internationaler Frauentag 2012

Einladung zum Frauenempfang

für Sonntag, 11. März 2012, 11 Uhr
Volkshochschule Erlangen, Großer Saal, Friedrichstraße 17

Um besser planen zu können bitten wir um Ihre / deine **Antwort** an:

SPD-Unterbezirk Erlangen
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131/8126511
Fax: 09131/8126513
Mail: Jutta.Ledertheil@spd.de

O Ja, ich komme

O Ich bringe.....weitere Personen mit

O Nein, ich kann leider nicht kommen

Name, Vorname.....

Mailadresse:.....

Organisation:.....

SPD Unterbezirk Erlangen
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Internationaler Frauentag 2012

Einladung zum Frauenempfang

für Sonntag, 11. März 2012, 11 Uhr
Volkshochschule Erlangen, Großer Saal, Friedrichstraße 17

Sehr geehrte Frauen, liebe Genossinnen, liebe Freundinnen,

101 Jahre nach dem ersten Internationalen Frauentag: Frauen werden immer noch schlechter bezahlt und unzureichend gefördert, sind deutlich unterrepräsentiert in Forschung und Lehre, fehlen als Chefinnen in der Wirtschaft. Es ist höchste Zeit für gesetzliche Quotenregelungen und das längst überfällige Gleichstellungsgesetz, um den verfassungsmäßig garantierten Rechten endlich volle Geltung zu verschaffen. Es gilt, Frauen den Weg frei zu räumen, damit sie in Wirtschaft und Wissenschaft endlich die Plätze einnehmen können, die ihnen aufgrund ihrer Qualifikation zustehen.

Begrüßung: Gisela Niclas
stellvertretende Vorsitzende SPD-Unterbezirk Erlangen

„FRAUEN beREICHern“

Dr. Martine Herpers, Informatikerin
Geschäftsführerin von Quality and Gender Consulting (QGC)

Ihre These: Mehr Frauen im Management verbessern die Qualität im Unternehmen, mehr Qualität führt zu mehr wirtschaftlichem Erfolg!
Zur Person: u.a. Lehrbeauftragte und Mitglied im Kompetenzzentrum Gender and Diversity an der Ohm-Hochschule
Vorsitzende von „Erfolgsfaktor Frau e.V.“, Initiatorin der „Nürnberger Resolution“ und Unterstützerin der „Berliner Erklärung“
Preisträgerin 2010 des Frauenförderpreises der Stadt Nürnberg

Musikalische Gestaltung:
Rock, Pop, Jazz und Blues
von und mit Sonja Tonn - eine starke Stimme
und Wulli Wullschläger - eine unverwechselbare Gitarre

Wir laden herzlich ein, gemeinsam zu fordern, zu feiern, ins Gespräch zu kommen und unsere Kraft zu stärken für die nächsten 364 Tage; wie immer bei Saft, Selters, Prosecco und Häppchen.

Gisela Niclas
Stellvertretende Vorsitzende
SPD-Unterbezirk

Marina Linke-Speth
Vorsitzende
ASF-Unterbezirk